

China Warming

geschrieben von Admin | 10. Dezember 2021

China ist mit Abstand der größte Emitter von Treibhausgasen auf dem Planeten. Ist das ein Problem?

Von Richard S. Lindzen

Übersetzung von Günter Keil

Viele der führenden Politiker der Welt scheinen zu glauben, dass Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) eine existenzielle Bedrohung darstellen, deren Auswirkung bereits schwerwiegend ist und die innerhalb sehr weniger Jahre unmöglich zu bewältigen ist. Das führte zu einer Reihe internationaler Vereinbarungen, die mit dem Rio-Pakt von 1992 begannen und sich dann bis zu dem 2016er Pariser Abkommen fortsetzten. Trotz dieser Vereinbarungen steigt die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unvermindert weiter an.

Bei einer Betrachtung der zugrunde liegenden Wissenschaft wird klar, dass Chinas Rolle in dieser Sache für einen generellen Zynismus bezeichnend ist, der in vielen der vorgeschlagenen „Lösungen“ zum Klimawandel fester Bestandteil ist.

Von einem Temperatur-Minimum um 1960 (das im Grunde das Ende eines maßvollen Abkühlungstrends darstellte, der um 1939 begann, was dann zu der Besorgnis vor einer globalen Abkühlung führte) stieg die globale Temperatur-Anomalie, das ist die Kennziffer, die die Erdtemperatur beschreibt, um etwa 0,5 Grad Celsius.

Das ist eine geringe Änderung – verglichen mit dem typischen Unterschied zwischen Frühstück und Mittagessen – wonach der Nettoanstieg seit dieser Zeit relativ unbedeutend war – mit Ausnahme des bedeutenden El Niño-Ereignisses zwischen 2014 und 2016 – und deutlich geringer, als es von allen Klimamodellen vorhergesagt war. (Anm.: El Niño ist eine Wechselwirkung des Ozean-Atmosphäre-Systems im tropischen Pazifik. Näheres dazu in den Anmerkungen am Ende des Artikels. G.K.)

Es muss betont werden, dass dieser Anstieg gering war – im Vergleich zu dem, was in jeder Region geschah. Die Temperaturen an jedem Ort zeigten sowohl eine Abkühlung wie auch eine Erwärmung.

Ungeachtet der Tatsache, dass CO₂-Anstiege bislang von der größten Zunahme der Wohlfahrt in der Geschichte begleitet wurden und ungeachtet der Tatsache, dass es aufgrund der Rolle des CO₂ in der Photosynthese große Anstiege der Vegetationsflächen der Erde gab, scheinen die Regierungen die Schlussfolgerung gezogen zu haben, dass ein weiterer 0,5 °C-Temperaturanstieg den Untergang bedeuten würde.

Man sieht regelmäßige Hinweise auf die Zustimmung zu dieser Meinung von 97% aller Wissenschaftler weltweit. Allerdings ist diese Behauptung

trügerisch, wie es Joseph Bast und Roy Spencer (sowie ich selbst) gezeigt haben. Man sieht auch Hinweise in Bezug auf Anstiege von Dingen und Vorgängen wie Meeresspiegel, Hurricans und andere Wetterextreme, aber wie es bereits umfassend erwähnt wurde, beruhen diese Behauptungen auf unzulässigem „Rosinenpicking“ bei den Anfangsdaten ihrer Trends. Es gibt auch die wichtige Frage, was tatsächlich eine existenzielle Bedrohung ausmacht. Nach dem IPCC („Intergovernmental Panel on Climate Change“ der UN – der sogenannte Weltenergieerat) würde es bei einem Weitergehen auf dem gegenwärtigen Weg – bei Benutzung der gegenwärtigen Computermodelle, die eine Erwärmung überbewerten – im Jahre 2100 eine Verringerung des globalen wirtschaftlichen Gesamtprodukts (GDP) von unter 4% geben – bezogen auf ein Gesamt-GDP, das dann viel höher als zur Zeit wäre. Es ist schwer, das als eine existenzielle Bedrohung zu bezeichnen.

Ignorieren wir im Moment die obengenannten Probleme und fragen wir uns, weshalb die Emissionen, die vermutlich zu dem beobachteten Anstieg des CO₂ führten, kontinuierlich weiter angestiegen sind.

Ansteigende Emissionen Chinas, Indiens und des übrigen Teils der Entwicklungsländer überschwemmen die geringen Reduzierungen in der englischsprachigen Welt und der Europäischen Union. Selbst wenn die Emissionen dieses (unseres) Teils der Welt auf Null zurückgingen (was selbstverständlich unmöglich ist) würde das kaum einen Unterschied machen.

Der Global Energy Monitor (Anm.: eine in San Francisco ansässige Nichtregierungs-Organisation, die weltweite Projekte für fossile Brennstoffe katalogisiert. G.K.) stellte fest, dass China den Zubau von 200 GW (200.000 Megawatt) Kohlekraftwerks-Kapazität bis 2025 plant. Wenn wir diese 4-Jahres-Periode ansetzen und für ein Großkraftwerk 1 GW einsetzen, würde das etwa ein derartiges neues Kohlekraftwerk pro Woche während dieses vierjährigen Zeitraums bedeuten.

Weshalb sollte China absichtlich das Ziel verfolgen, wie vorhergesagt wurde, die Erde zu zerstören? Und weshalb verfolgt die englischsprachige Welt, die „Anglosphäre“, und die EU enorme, zerrüttende, destruktive und extrem teure Politiken, die das Ziel haben, ihre bereits irrelevanten Emissionen zu reduzieren?

Die Antwort auf die erste Frage ist wahrscheinlich, dass China die Bedrohung durch einen Klimawandel als leicht beherrschbar ansieht – unabhängig davon, was man über die zugrundeliegende Physik glaubt. Denken Sie daran, dass Chinas führende Politiker – im Gegensatz zu den unsrigen – zum großen Teil einen technischen Hintergrund haben. Aber sie stellen auch fest, dass die Klimahysterie im Westen zu Politiken führt, die China eindeutig dienlich sind. Tatsächlich unterstützt China Aktivitäten wie den „China-Amerika-Jugend-Dialog zum Klimawandel“, um Klima-Alarm unter jungen amerikanischen Aktivisten zu fördern. In einer kürzlichen Ankündigung, die an MIT-Studenten (MIT: Massachusetts Institute of Technology) stellte dieses Youth Dialogue's Committee fest:

“Mit dem raschen Anwachsen der Weltbevölkerung und der kontinuierlichen

Expansion der Weltwirtschaft sind CO₂-Emissionen in der Atmosphäre rasant angestiegen. Extreme Katastrophen, die durch die globale Erwärmung verursacht werden, tauchen plötzlich auf. Die Welt erlebt einen irreversiblen Klimawandel.

Es ist in jedermanns Interesse, den Planeten, den wir unsere Heimat nennen, zu schützen. Wir müssen die Probleme, die Mutter Natur durch den Klimawandel bereitet werden, angehen und Lösungen suchen – in der Zusammenarbeit, in der Verantwortung zweier großer Staaten und zusammen eine Gemeinschaft aufbauen, die eine Zukunft für die Menschheit darstellt.“

Dieser Brief offerierte dann maßvolle finanzielle Belohnungen für jene, die die „stärksten“ Argumente liefern würden.

Zur gleichen Zeit hat China – anders als die Weltbank – begeistert Kohleprojekte in Entwicklungsländern finanziert. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie die kommunistische Partei das kürzliche Versprechen des Vorsitzenden Xi, diese Praktik zu beenden, umsetzt.

Die zweite Frage ist viel beunruhigender, wegen der offenkundigen Unlogik bei Vorschlägen, die das Angehen des Klimawandels betreffen. Wenn es zu einer Konfrontation mit Naturkatastrophen kommt, ist es offensichtlich, dass wohlhabendere Gesellschaften deutlich elastischer sind als ärmere. Zum Beispiel können Erdbeben in Haiti Tausende Menschenleben kosten. Vergleichbare Erdbeben in Kalifornien verursachen um mehrere Größenordnungen weniger Todesfälle. Daher scheint es, dass bei einer als existenziell angesehenen Bedrohung, die wir in der Tat so gut wie nicht beeinflussen können, offensichtlich zu sein, dass es eine korrekte (vernünftige, angemessene) Politik wäre, die Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen zu verstärken.

Stattdessen schlägt der Westen vor, das genaue Gegenteil zu tun.

Es ist schwer vorstellbar, an gute oder rechtschaffene Gründe für eine solche Politik zu glauben. Vielleicht haben unsere Politiker einen pseudo-religiösen Wunsch, für ihre Sünden zu büßen, dass sie es zugelassen haben, normalen Menschen das Erreichen eines komfortablen Mittelklasse-Lebensstandards zu ermöglichen. Die Bestärkung einer solchen Politik durch China ist zweifellos einer dieser Gründe.

Gewiss werden viele der vom Westen kommenden Antworten (Elektroautos, Windmühlen und Solarpaneele) massive Investitionen in China zur Folge haben, so dass es jetzt schon die globale Solarindustrie dominiert und bereits der weltweit größte Markt für Elektrofahrzeuge ist.

Ich bezweifle aber, dass dies der hauptsächliche Grund ist. Man kann sicher sein, dass die übliche Reaktion von Politikern auf jegliches angebliche Problem darin besteht, „etwas zu tun“. Diese „Etwas“ bieten oft einige kurzfristige Vorteile für die Politiker sowie die Institutionen, die derartige Politiken unterstützen. Aber in dem Fall von Klimaalarm kann man sich darüber wundern, ob diese Politiker, die in Grundstücke an der Meeresküste investieren, tatsächlich über das Klima bsorgt sind. Und keineswegs ist die Ablehnung von Kernkraft ein Zeichen von Ernsthaftigkeit.

Eine Debatte über diese Themen ist vermieden worden – und sogar mit der

albernen Behauptung, dass die Wissenschaft geklärt und erledigt – „settled“ – sei. Tatsächlich hat *Newsweek* bereits 1988 behauptet, dass sämtliche Wissenschaftler in dieser Frage übereinstimmen, obwohl nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein konnte. Und die Wahrheit wurde seither ständig beerdigt.

Wie es der frühere Energy Undersecretary for Science in der Obama-Administration Dr. Steven E. Koonin zwingend und unwiderstehlich in seinem Buch „Unsettled: What Climate Science Tells Us, What It Doesn't, and Why It Matters“ („Ungeklärt: Was uns die Klimaforschung sagt, was sie nicht sagt, und weshalb es darauf ankommt“) feststellt, ist dieses Thema weit davon entfernt, tatsächlich geklärt zu sein.

Das Buch beruht gänzlich auf den wissenschaftlichen Aussagen aus den offiziellen Bewertungen des UN-Weltklimarats IPCC. Sowie auf ähnlichen offiziellen US-Bewertungsberichten.

Die bösartigen Angriffe auf Koonin seit der Buchveröffentlichung im Mai 2021 zeigen das Fehlen von nahezu jedem Diskussionsniveau.

Deshalb ist angesichts des Themas die Notwendigkeit für eine offene Debatte über sowohl unsere Bewertung der Klimaforschung als auch der geplanten Politiken in der Tat geradezu verzweifelt notwendig.
(Ende des Artikels).

Hinweis des Publizierers Tablemag:

“Richard Lindzen ist Professor Emeritus für Atmosphärenforschung am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Er ist ein Mitglied der Nationalen Wissenschafts-Akademie; der American Academy of Arts and Sciences; der Norwegian Academy of Science and Letters sowie ein Fellow (Mitglied) der American Meteorological Society; der American Geophysical Union und der American Association for the Advancement of Science.”

Publikation:

Richard S. Lindzen „China Warming“; 20. Oktober 2021; Tablemag.

Web:

<https://www.tablemag.com/sections/science/articles/china-warming-richard-lindzen>

Hinweis des Übersetzers:

Auf der 1. Seite des Artikels ist der Begriff „El Niño“ genannt. Es ist ein Klimaphänomen, das im tropischen Pazifik unregelmäßig auftritt – und zwar alle 2 bis 6 Jahre. Es wird durch die Wechselwirkung zwischen den Oberflächen-Schichten des Ozeans und der darüber liegenden Atmosphäre erzeugt. Die beteiligten physikalischen Prozesse sind komplex; sie beinhalten instabile Luft-Meer-Interaktionen sowie planetarisch ausgedehnte äquatoriale Ozeanwellen. Als Ursachen wurden ausgeschlossen: Vulkane – sowohl im Meer als auf dem Land – sowie Sonnenflecken, so weit bekannt.

Die Folgen von El Niño-Ereignissen sind: Starke Niederschläge im Süden der USA und Peru; Trockenheit/Dürre im West-Pazifik. In dem Verlauf der Globaltemperatur-Messungen sorgt das Phänomen für beachtliche Temperaturspitzen, die 1-2 Jahre andauern (Rekorde: 1982-83 und

1997-98); gefolgt von dem gegenläufigen Abkühlungs-Phänomen La Niña.
Quelle: National Oceanic and Atmospheric Administration NOAA (USA) bzw.
dessen Pacific Marine Environmental Laboratory PMEL. Web:
pmel.noaa.gov/el_nino/la-nina-pacific
G.K.

Von Klimapanik zu kluger „Innodaption“

geschrieben von Admin | 10. Dezember 2021

Das Ziel dieser Analyse ist es, eine kurze Zusammenfassung des neuen Buches des renommierten Klimaökonomen Bjorn Lomborg – „False Alarm: How Climate Change Panic Costs Us Trillions, Hurts the Poor, and Fails to Fix the Planet“ (2021) zu geben, hauptsächlich Kapitel 4 und 5. [1]

von Jurij Kofner, Ökonom, MIWI Institut. München, 4. Dezember 2021.

Der Struktur von Lomborgs Buch folgend, untersucht dieser Beitrag zunächst vergangene und zukünftige globale extreme Wettertrends und ob sie mit der globalen Erwärmung zusammenhängen; betrachtet dann die vergangenen und zukünftigen wirtschaftlichen und menschlichen Kosten der globalen Erwärmung; bevor schließlich die wirtschaftlichen Kosten der Klimaschutzbemühungen genauer untersucht werden. Der Autor ergänzt die Argumentation Lomborgs, indem er Beispiele und Forschungsergebnisse zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Deutschland und die Klimapolitik der Bundesregierung einbringt.

Extremes Wetter? Eher extreme Übertreibung.

In Kapitel 4 seines neuen Buches zeigt Bjorn Lomborg überzeugend und basieren auf Forschungsergebnissen, dass im letzten 20. Jahrhundert und Anfang des 21. Jahrhunderts, extreme Wetterereignisse wie Dürren, Überschwemmungen, Waldbrände und tropische Stürme, weder in Intensität noch Häufigkeit zugenommen haben. Dies könnte erst teilweise innerhalb der nächsten 80 Jahre passieren. Vor allem aber gibt es kaum wissenschaftliche Belege für einen signifikanten menschlichen Einfluss auf die Häufigkeit oder Intensität extremer Wetterereignisse.

Dürren

Verschiedene Studien zeigen, dass Dürren auf globaler Ebene vom 20.

Jahrhundert bis zum frühen 21. Jahrhundert zurückgegangen sind.[2],[3],[4],[5]

Forscher des IPCC stellen fest: „es besteht geringes Vertrauen, die Veränderungen von Dürre auf globalen Landflächen seit Mitte des 20. Auf einen menschlichen Einfluss (d.h. auf menschliche CO₂-Emissionen, – Kofner) zuzuschreiben“.[6]

Sie argumentieren auch, dass das Dürreerisiko in bereits trockenen Gebieten bis zum Jahr 2100 nur in Szenarien mit unrealistisch hohen globalen Kohlenstoffemissionen zunehmen könnte.[7]

Untersuchungen zum Wassermanagement (Stauseen und Bewässerung) aus Kalifornien zeigen, dass eine Dürredefizit um 50 Prozent mithilfe von Stauseen reduziert oder auch wegen umfangreicher Bewässerung fast verdoppelt werden kann.[8] Somit wäre eine Anpassung an das Klima viel schneller und effektiver im Umgang mit Dürren, als zu versuchen, den globalen atmosphärischen CO₂-Gehalt zu ändern.

Überschwemmungen

Klimaforscher des IPCC kommen zu dem Schluss, dass es im 20. und frühen 21. Jahrhundert „einen Mangel an Beweisen und damit ein geringes Vertrauen in Bezug auf die Trends in der Größenordnung und/oder Häufigkeit von Überschwemmungen auf globaler Ebene“ gibt.[9]

Sie argumentieren, dass Änderungen in „der Stromstärke der meisten der größten Flüsse seit der Welt seit 1950 statistisch nicht signifikant sind“ und dass die Stromstärke eher abnimmt als zunimmt.[10]

Das US-Forschungsprogramm für globale Veränderungen gibt an, dass keine nachweisbaren Änderungen in Höhe, Dauer oder Häufigkeit von Überschwemmungen festgestellt werden können. Sie sagen auch, dass es Änderungen bei Überschwemmungen nicht auf den atmosphärischen CO₂-Gehalt zurückgeführt, werden kann.[11]

IPCC-Forscher gehen davon aus, dass die Häufigkeit starker Regenfälle bis 2100 zunehmen wird, was zu einer erhöhten Überschwemmungsgefahr führen wird.[12] Allerdings weisen sie auch darauf hin, dass Veränderungen in der Flussbewirtschaftung einen viel größeren Einfluss auf zukünftige Hochwassertrends haben werden.[13]

Die relativen Schäden durch Überschwemmungen sind im letzten Jahrhundert zurückgegangen. Obwohl beispielsweise zwischen 1903 und 2018 die durchschnittliche Wohndichte in den Vereinigten Staaten um das 7,5-Fache gestiegen ist, sanken die durchschnittlichen Überschwemmungsschäden im gleichen Zeitraum von 0,5 Prozent des US-amerikanischen BIP auf nur noch 0,05 Prozent des BIP.[14]

Deutsche Politiker, insbesondere aus dem links-grünen Spektrum, machten

den „vom Menschen verursachten Klimawandel“ schnell für die Überschwemmungen 2021 in Westdeutschland verantwortlich. Jedoch kann zwischen 1881 und 2021 der Deutsche Wetterdienst in den Sommermonaten keinen steigenden Niederschlagstrend feststellen.[15] Nach einem aktuellen Bericht des Umweltbundesamtes sind Überschwemmungen im Einzugsgebiet großer deutscher Flüsse zwischen 1961 und 2017 nicht häufiger geworden.[16]

Auch weltweit sind Überschwemmungen nicht tödlicher geworden. Trotz der wachsenden Weltbevölkerung ist die durchschnittliche Zahl der weltweiten Todesfälle nach gemeldeten Überschwemmungen zwischen 1988 und 2016 nicht gestiegen.[17] Als Grund dafür nennen die Forscher ein besser funktionierendes Katastrophenschutzsystem, darunter moderne Frühwarnsysteme.[18]

Auch hier ist Lomborg zufolge sind Anpassungen an den Klimawandel in Form eines proaktiven Flussmanagements und Katastrophenschutzes bei der Reduzierung zukünftiger Überschwemmungsgefahren viel wirksamer als kostspielige Maßnahmen zur CO₂-Verringerung.[19]

Waldbrände

Die Aufzeichnungen von Sedimentkohle, welche man zurück bis zum Jahr 0 gemessen hat, zeigen, dass Brände weltweit seit 1870 stark zurückgegangen sind.[20]

Zwischen 1901 und 2007 ist die weltweit verbrannte Fläche von 1,9 Millionen auf 1,4 Millionen Quadratmeilen zurückgegangen.[21]

Nach einem Simulationsmodell hat sich zwischen 1900 und 2010 die weltweite jährliche Brandfläche um ein Drittel verringert.[22]

Eine US-amerikanische Studie aus dem Jahr 2017 ergab, dass das Klima dort, wo sich Menschen aufhalten, für die Brandaktivität weniger wichtig ist. Es stellte sich heraus, dass die menschliche Präsenz, wie die Nähe zu Städten und Straßen, die Anzahl der in einem Gebiet lebenden Menschen und die Menge an bebautem Land, viel ausschlaggebender sind für eine Brandwahrscheinlichkeit als das Klima.[23]

Zwischen 1966 und 2017 sind die Schäden durch Waldbrände in Australien, bereinigt um die Wohndichte und den Wert der Häuser, leicht zurückgegangen.[24]

Nach einem unrealistischen Worst-Case-Szenario einer starken globalen Erwärmung wird die weltweit verbrannte Fläche im Jahr 2050 um 8 Prozent und im Jahr 2100 um 33 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 zunehmen; aber selbst im Jahr 2100 wäre dies immer noch weniger als die gesamte verbrannte Fläche im Jahr 1950.[25]

Lomborg argumentiert hier wieder, dass direkte Anpassungsmaßnahmen wie

eine vorausschauendere Landplanung, strengere Versicherungspolice und ein besseres Feuermanagement die Schäden durch Waldbrände wirksamer reduzieren als kostspielige und sehr indirekte Versuche zur globalen CO₂-Verringerung.

Tropische Stürme

Beobachtungen zeigen, dass zwischen 1900 und 2017 weder die Häufigkeit noch die Intensität der kontinentalen US-amerikanischen Hurrikane zugenommen hat.[26]

Auf globaler Ebene sind Hurrikane im Laufe des 20. Jahrhunderts nicht häufiger geworden. Es gibt „keinen signifikanten beobachteten steigenden Trend bei der weltweiten Häufigkeit tropischer Wirbelstürme“, heißt es im Bericht des IPCC (2013).[27]

Der Bericht stellt auch fest, dass „es wenig Vertrauen gibt, Veränderungen der Hurrikanaktivität auf erhöhte anthropogene Kohlendioxidemissionen zurückzuführen“.[28]

Laut Forschern der US-amerikanischen National Oceanic and Atmospheric Administration „liefern historische Aufzeichnungen der Hurrikan-Häufigkeit im Atlantik zwischen 1880 und 2010 keine maßgeblichen Beweise für einen erheblichen langfristigen Anstieg durch die Treibhauserwärmung“.[29]

Das Wachstum der Küstenbevölkerung und der gestiegene Wert der Küstenimmobilien sind die überwältigenden Faktoren für die beobachtete Zunahme von Hurrikan-bedingten Schäden. Eine Anpassung dieser hurrikanbedingten Kosten für die Wohndichte und den Wohlstand in den Küstengebieten der Vereinigten Staaten, Australiens und Chinas zeigt, dass diese Schäden zwischen 1900 und 2019 nicht gestiegen sind.[30],[31]

Klimatologen des IPCC prognostizieren, dass Hurrikane aufgrund der globalen Erwärmung in Zukunft weniger häufig auftreten, dafür aber stärker werden.[32]

Im Jahr 2016 betragen die weltweiten Kosten und Schäden durch Hurrikane 0,04 Prozent des weltweiten BIP. Das weltweite BIP wird sich bis zum Jahr 2100 verfünffachen, aber auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen wird sich verbessern. Ohne die globale Erwärmung werden im Jahr 2100 die Schäden durch Hurrikane 0,01 Prozent des globalen BIP ausmachen, mit der globalen Erwärmung – 0,02 Prozent. Dies bedeutet, dass die globale Erwärmung zwar die nominellen Hurrikankosten verdoppeln wird, die realen Kosten im Vergleich zum weltweiten Bruttosozialprodukt jedoch doppelt so niedrig wie heute ausfallen werden.[33]

Lomborg stellt hier erneut fest, dass zunehmende Anpassungsbemühungen wie „Bauvorschriften, Hochwasserkarten, Infrastruktur und Versicherungen

in gefährdeten Gemeinden“ die negativen Auswirkungen tropischer Stürme viel effektiver reduzieren werden als CO₂-bezogene Klimaschutzbemühungen. [34]

Die Kosten der Erderwärmung schrumpfen und sind nicht „das Ende der Welt“

Als nächstes zeigt Lomborg in Kapitel 5, dass die humanitären und wirtschaftlichen Kosten der globalen Erwärmung in den letzten 120 Jahren deutlich zurückgegangen sind. Anhand von Ergebnissen einer Metastudie zeigt er dann, dass auch die erwartete Erderwärmung nicht das Ende der Welt bedeutet, sondern dessen Kosten eher überschaubar sein werden.

Klimabedingte Todesfälle in der Vergangenheit und wirtschaftliche Kosten

Unter Verwendung von Daten aus der EN-DAT-Datenbank[35] zeigt Lomborg, dass von den 1920er bis 2010er Jahren die Gesamtzahl der klimabedingten Todesfälle um 96 Prozent von durchschnittlich fast 500.000 pro Jahr auf durchschnittlich weniger als 20.000 pro Jahr zurückgegangen ist. Bereinigt um die Vervierfachung der Weltbevölkerung im gleichen Zeitraum „ist das durchschnittliche persönliche Risiko, bei einer klimabedingten Katastrophe umzukommen, um 99 Prozent gesunken“. [36]

Anhand von Daten der Münchener Repo und der Weltbank zeigt Lomborg, dass die durchschnittlichen weltweiten wetterbedingten Katastrophenschäden von 0,26 Prozent des weltweiten Bruttosozialprodukts im Jahr 1990 auf 0,18 Prozent des weltweiten BIP im Jahr 2019 zurückgegangen sind. [37]

Eine weitere Studie bestätigt den deutlich abnehmenden Trend sowohl der menschlichen als auch der wirtschaftlichen Vulnerabilität durch klimabedingte Gefahren: „durchschnittliche weltweite Sterblichkeitsraten und wirtschaftlichen Verlustraten sind von 1980–1989 bis 2007–2016 um das 6,5 bzw. fast das 5-fache gesunken“. [38]

Wirtschaftliche Kosten der zukünftigen globalen Erwärmung

Eine Metastudie des berühmten, mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Klimaökonomen William Nordhouse (2017), welche 39 Forschungsstudien zu klimabedingten Wirtschaftskosten bewertet, zeigt, dass ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 2 °C (verglichen mit der durchschnittlichen globalen Temperatur in „vorindustriellen Zeiten“, d.h. vor 1850-1900) das globale BIP um 2,04 Prozent verringern wird. Ein Temperaturanstieg von 4 °C wird das globale BIP um 3,64 Prozent senken. [39]

Um dies in die richtige Perspektive zu rücken: Im Vergleich zu 2010 wird

das globale BIP bis zum Jahr 2100 schätzungsweise um das 3,1- bis 9,1-fache wachsen.[40] Wenn also die globale Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 um 4 °C ansteigt, wird das globale BIP stattdessen „nur“ um das 3,0 bis 8,7-fache wachsen.

Der IPCC-Bericht vom 2018 schätzt, dass das „business as usual“-Worst-Case-Szenario der globalen Erwärmung bis zum Jahr 2100 die Weltwirtschaft 2,6 Prozent kosten wird.[41]

Anzumerken ist hier, dass es mehrere Studien gibt, die der globalen Erwärmung positive wirtschaftliche Effekte zuschreiben. Zum Beispiel die viel zitierte, aber auch viel kritisierte Studie von Richard Tol (2002).[42]

Der Fall Deutschland: Klimakosten oder sogar Klimanutzen?

Der Ökonom Jörg Guido Hülsmann (2020) geht davon aus, dass die Vorteile der globalen Erwärmung dessen Nachteile überwiegen könnten. Diese positiven Auswirkungen der globalen Erwärmung dürften sich besonders auf der Nordhalbkugel bemerkbar machen.[43]

Laut einer Gravitationssimulation des niederländischen Amtes für Wirtschaftspolitik (CPB) beispielsweise wird die Öffnung der arktischen Nordseeroute durch das Auftauen der Nordpol-Eisschilde Deutschlands BIP um fast 0,3 Prozent steigern.[44] Eine deutsche Studie schätzt, dass die Erderwärmung und der CO₂-Düngeeffekt die heimischen Ernteerträge verbessern und damit das landwirtschaftliche Nettoeinkommen Deutschlands im Jahr 2040 um 5–6 Prozent steigern werden. Das entspräche einem Anstieg des deutschen BIP um 0,1 Prozent.[45]

Der richtige Policy-Mix? Vermeidung, Anpassung, Innovation.

Eine kürzlich durchgeführte gemeinsame Studie von 17 führenden Forschungszentren auf der ganzen Welt kam zu dem Schluss, dass die durchschnittlichen weltweiten CO₂-Vermeidungskosten im Jahr 2030 zwischen -0,5 (aktuelle Pariser Zusagen) und -1 Prozent des globalen BIP (langfristiges Pariser Temperaturziel) liegen werden. Die Einhaltung der CO₂-Reduktionsziele wird der Studie zufolge das deutsche BIP im Jahr 2030 um 1 bis 1,5 Prozent reduzieren.[46]

Der Fall Deutschland: Vermeidung, Adaption oder Innovation?

Nach Berechnungen des IfW Kiel hatte Deutschland 2019 den zweithöchsten Netto-Kohlenstoffpreis weltweit – durchschnittlich 55 Euro pro Tonne CO₂ (471 Euro pro Kopf).[47] Bis 2030 könnte dieser Preis 115 Euro pro Tonne CO₂ erreichen (zwischen 606 und 981 Euro pro Kopf im Jahr 2030).[48]

Das MIWI-Institut[49] und das öko-Institut[50] schätzen die Gesamtsteuerbelastung der deutschen Wirtschaft für Zwecke des Klimaschutzes auf durchschnittlich 47,1 bis 54,6 Milliarden Euro pro Jahr (als Summe aus: nationale CO₂-Umlage, EEG Zuschlag und deutscher Anteil am EU-ETS). Das entspricht zwischen 1,4 und 1,6 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 oder zwischen 570 und 660 Euro pro Kopf und Jahr.

Eine neue umfassende Studie im Auftrag der KfW-Bank beziffert die Höhe der deutschen Klimaschutzinvestitionen, also die Summe aus staatlichen (inklusive Subventionen) und privaten Investitionen für die Ziele der CO₂-Neutralität, darunter beispielsweise für E-Autos der Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und für den Umbau der deutschen Industrie, etc., auf rund 119 Milliarden Euro pro Jahr (1430 Euro pro Kopf) oder 3,1 Prozent des nationalen BIP.[51]

Um die „Klimaneutralität“ Deutschlands als erklärtes Ziel der Bundesregierung bis 2045 zu erreichen, müssen laut Studienmodell jährlich weitere 72 Milliarden Euro für Klimaschutzzwecke investiert werden. Insgesamt müssten somit die jährlichen „Klimaschutzinvestitionen“ 191 Milliarden Euro pro Jahr (2300 Euro pro Kopf) oder 5,2 Prozent des deutschen BIP betragen.[52]

Es liegt auf der Hand, dass die Wohlfahrtskosten der Klimaschutzmaßnahmen die volkswirtschaftlichen Kosten der globalen Erwärmung nicht übersteigen dürfen. Aber gibt Deutschland tatsächlich zu viel Geld für den Klimaschutz, also für die CO₂-Reduktion, aus?

Eine Möglichkeit, dies zu ermitteln, besteht darin, den langfristigen Wachstumstrend der deutschen Wirtschaft (z. B. bis 2050)[53] in zwei Szenarien zu vergleichen. Erstens in einem „Business-as-usual“-Szenario mit den möglichen wirtschaftlichen Vor- und Nachteilen der globalen Erwärmung (-3,64 Prozent des globalen BIP bis 2100 laut Nordhaus). Da dessen Auswirkungen weltweit ungleich verteilt wären, könnten sie sich, wie oben angedeutet, sogar für Deutschland, das auf der Nordhalbkugel liegt, als Nettopositiv erweisen.

Darüber hinaus muss dieses Szenario, wie Lomborg in seinem gesamten Buch gezeigt hat, eine Kosten-Nutzen-Analyse von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wie beispielsweise ein besseres Flussmanagement, beinhalten, um die Reduzierung der Kosten des Klimawandels angemessen widerzuspiegeln.

Zweitens in einem Szenario der „Klimaneutralität“, dass die Auswirkungen der oben genannten Klimasteuerbelastung und der Klimaschutzinvestitionen auf das deutsche BIP-Wachstum berücksichtigt. Obwohl viele Befürworter der „grünen Transformation“ deren Auswirkungen mit positivem Vorzeichen einschätzen, gibt es auch skeptischere Ökonomen. Stefan Kooths, der neue Co-Präsident des IfW Kiel, argumentiert, dass die Dekarbonisierungsmaßnahmen der Bundesregierung eher substitutiven als

multiplikativen Charakter haben. Dies deutet darauf hin, dass Klimasteuern und -investitionen langfristige wachstumshemmende Wirkungen haben.[54]

Viel wird davon abhängen, wie viel dieser nationalen Kosten und Investitionen in produktivitätssteigernde Innovationen umgesetzt werden können und wie stark der globale Markt für grüne Technologien und CO₂-Vermeidung in Zukunft wachsen wird.

Es zeigt sich, dass weitere kritische Studien im Bereich der deutschen Klimaökonomie notwendig sind.

Wenn man den CO₂-Ausstoß senken will, sollte man dies auf jeden Fall am effizientesten und kostensparendsten tun, also wie und wo es am günstigsten ist.

So wird der durchschnittliche Vermeidungspreis pro Tonne CO₂ in China auf nur 5 Euro (51 Euro pro Kopf) im Jahr 2019 und auf 10 Euro (95 Euro pro Kopf) im Jahr 2030 geschätzt, also etwa 10-mal niedriger als in Deutschland. [55]

Die Einführung eines weltweiten Emissionshandelssystems würde die CO₂-Vermeidungskosten für Deutschland um ein Drittel oder sogar um die Hälfte reduzieren.[56]

Die Schaffung eines globalen „Klimafonds“ – ein Vorschlag des deutschen Ökonomen Ulrich van Suntum für das MIWI-Institut – wäre ein weiteres gutes Instrument, um CO₂-intensive Entwicklungs- und Schwellenländer zu einer CO₂-Reduktionspolitik zu bewegen, da diese Länder finanzielle Transfers aus dem Fonds für ihre nationalen Bemühungen zur CO₂-Reduzierung erhalten würden. Durch Finanztransfers an den Fonds könnte Deutschland die gleiche Zielmenge an CO₂-Emissionen deutlich günstiger einsparen, als es derzeit durch nationale Anstrengungen zu erreichen versucht.[57]

Lomborg sieht unter anderem Innovationen in der Kernenergie, also in der Reaktorforschung der 4. und 5. Generation, sowie in der Kernfusion als einen der wichtigsten Anreize für wirksame, verlässliche und kostengünstige Wege zur CO₂-Einsparung. [58]

Tatsächlich hat ein umfassender Kostenvergleich von Blüm (2021) gezeigt, dass die Verlängerung der Laufzeit bezahlter Kernkraftwerke um ein bis zwei Jahrzehnte mit 2,7 Euro Cent pro kWh die günstigste Art der Stromerzeugung in Deutschland wäre.[59]

Eine Analyse des MIWI-Instituts hat gezeigt, dass Kernenergie den größten preissenkenden Effekt auf den europäischen Strompreis hat: Eine Erhöhung des Anteils der Kernkraftwerke am Erzeugungsmix um 1 Prozent senkt den durchschnittlichen Strompreis für Nicht-Haushaltsverbraucher um 1,36 Euro pro MWh .[60]

Zusammenfassung

In seinem Buch verwendet Lomborg evidenzbasierte Studien, um klar und logisch zu zeigen, dass der Klimaalarmismus keine wissenschaftliche Grundlage hat und dass Regierungen sich nicht auf Maßnahmen zur Vermeidung des Klimawandels fixieren sollten. Die menschlichen und volkswirtschaftlichen Kosten klimabedingter Extremwetterereignisse haben sich in den letzten 120 Jahren drastisch reduziert und werden auch in den nächsten 80 Jahren mit Kosten in Höhe von 3,64 Prozent des globalen BIP überschaubar bleiben. Ein viel effizienterer und erfolgversprechenderer Ansatz wäre daher ein Policy-Mix der „Innodaption“ mit Fokus auf Anpassungsmaßnahmen (z.B. besseres Wassermanagement, vorausschauende Landplanung, strengere Versicherungen, etc.) und Innovationsförderung durch eine technologieoffene finanzielle und administrative Unterstützung von Forschung und Entwicklung neuer grüner Technologien.

Quellen

[1] Lomborg B. (2021). False Alarm How climate change panic costs us trillions, hurts the poor and fails to fix the planet. Hachette Book Group. New York. URL: <https://www.lomborg.com/publications>

[2] IPCC (2013). Detection and Attribution of Climate Change: from Global to Regional. In: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. URL: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WG1AR5_Chapter10_FINAL.pdf

[3] Hao Z. et al. (2014). Global integrated drought monitoring and prediction system. Sci Data. URL: <https://www.nature.com/articles/sdata20141>

[4] Watts N. (2018). The 2018 report of the Lancet Countdown on health and climate change: shaping the health of nations for centuries to come. The Lancet. URL: [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(18\)32594-7/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(18)32594-7/fulltext)

[5] Donat M.G. et al. (2013). Updated analyses of temperature and precipitation extreme indices

since the beginning of the twentieth century: The HadEX2 dataset. Journal of Geophysical Research. Atmospheres. URL: <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1002/jgrd.50150>

[6] IPCC (2013).

[7] IPCC (2013).

- [8] He X. et al. (2017). Human water management intensifies hydrological drought in California. Geophysical Research Letters. NASA. URL: <https://pubs.giss.nasa.gov/abs/he09200d.html>
- [9] IPCC (2013).
- [10] IPCC (2018). Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. World Meteorological Organization. URL: <https://www.ipcc.ch/sr15/>
- [11] USGCRP (2017). Climate Science Special Report. Fourth National Climate Assessment. URL: https://science2017.globalchange.gov/downloads/CSSR2017_FullReport.pdf
- [12] IPCC (2018).
- [13] IPCC (2013).
- [14] Lomborg B. (2021).
- [15] DWD (2021). Mittlerer Niederschlag im Sommer seit 1881 (in mm). URL: <https://www.dwd.de/DE/leistungen/zeitreihen/zeitreihen.html>
- [16] Umweltbundesamt (2019). Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbundesamt-2019-monitoringbericht-2019-zur>
- [17] Formetta G., Feyen L. (2019). Empirical evidence of declining global vulnerability to climate-related hazards. Global Environmental Change. URL: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378019300378#!>
- [18] Haas S. (2021). Ist der Klimawandel schuld an der Flutkatastrophe? NZZ. URL: <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/die-billigste-ausrede-nach-dem-hochwasser-der-klimawandel-ist-an-allem-schuld-ld.1636962>
- [19] Lomborg B. (2021).
- [20] Marlon J.R. et al. (2008). Climate and human influences on global biomass burning over the past two millennia. Nature Geoscience. URL: <https://www.nature.com/articles/ngeo313>
- [21] Yang J. et al. (2014). Spatial and temporal patterns of global burned area in response to anthropogenic and environmental factors: Reconstructing global fire history for the 20th and early 21st centuries. JGR: Biogeosciences. URL:

<https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/toc/21698961/2014/119/3>

[22] Ward D. et al. (2018). Trends and Variability of Global Fire Emissions Due To Historical Anthropogenic Activities. *Global Biogeochemical Cycles*. URL:
<https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/2017GB005787>

[23] Syphard A.D. et al. (2017) Human presence diminishes the importance of climate in driving fire activity across the United States. *PNAS*. URL:
<https://www.pnas.org/content/114/52/13750>

[24] McAneney J. (2019). Normalised insurance losses from Australian natural disasters: 1966–2017. *Environmental Hazards*. URL:
<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17477891.2019.1609406>

[25] Kloster S., Lasslop G. (2017). Historical and future fire occurrence (1850 to 2100) simulated in CMIP5 Earth System Models. *Global Planetary Change*. URL:
https://www.researchgate.net/publication/312179625_Historical_and_future_fire_occurrence_1850_to_2100_simulated_in_CMIP5_Earth_System_Models

[26] Klotzbach P.J. (2018). Continental U.S. Hurricane Landfall Frequency and Associated Damage: Observations and Future Risks. *Bulletin of the American Meteorological Society*. URL:
<https://journals.ametsoc.org/view/journals/bams/99/7/bams-d-17-0184.1.xml>

[27] IPCC (2013).

[28] IPCC (2013).

[29] Knutson T. (2021). Global Warming and Hurricanes. An Overview of Current Research Results. NOAA. URL:
<https://www.gfdl.noaa.gov/global-warming-and-hurricanes/>

[30] McAneney J. (2019). | Lomborg B. (2020).

[31] Gettelman A. et al. (2018). Regional Climate Simulations With the Community Earth System Model. *Journal of Advances in Modelling Earth Systems*. URL:
<https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1002/2017ms001227>

[32] IPCC (2018).

[33] Bakkensen L.A., Mendelsohn R. (2016). Risk and Adaptation: Evidence from Global Hurricane Damages and Fatalities. *Journal of the Association of Environmental and Resource Economists*. URL:
https://econpapers.repec.org/article/ucpjaerec/doi_3a10.1086_2f685908.htm

[34] Lomborg B. (2021).

[35] CRED (2020). Emergency Events Database 1920-2019. URL: <https://www.emdat.be/>

[36] Lomborg B. (2021).

[37] Lomborg B. (2021) based on: Pielke R. (2019). Tracking progress on the economic costs of disasters under the indicators of the sustainable development goals. Environmental Hazards. URL: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17477891.2018.1540343?casa_token=iAX4L3HIbCYAAAAA%3ARfgc4uVGaDWvBZNV0QS1sD70gis2K8BHIl3FCOAAS10AVWVmNLzz8-2LdIp9GSwW2afiQGjIvpQKNQ

[38] Formetta G., Feyen L. (2019).

[39] Lomborg B. (2021) based on: Nordhaus W., Moffat A. (2017). A Survey of Global Impacts of Climate Change: Replication, Survey Methods, and a Statistical Analysis. NBER. URL: <https://econpapers.repec.org/paper/nbrnberwo/23646.htm> | Note that Nordhouse and Lomborg purposefully exaggerate the total economic cost estimates by 25 percent in order to include all potentially omitted climate-related costs.

[40] Leimbach M. (2017). Future growth patterns of world regions – A GDP scenario approach. Global Environmental Change. URL: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378015000242#:~:text=World%20GDP%20increases%20from%20US,trillion%20for%20SSP5%20in%202100.>

[41] IPCC (2018).

[42] Tol R. (2002). Estimates of the Damage Costs of Climate Change. Review of Environmental Economics and Policy. URL: <https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1093/reep/rex027>

[43] Hülsmann J.G. (2020). Toward a Political Economy of Climate Change. MISES Institute. URL: <https://mises.org/wire/toward-political-economy-climate-change>

[44] CPB (2015). Schmelzende Eiskappen und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Öffnung der Nordseeroute. URL: <https://www.cpb.nl/sites/default/files/publicaties/download/cpb-discussion-paper-307-melting-ice-caps-and-economic-impact-opening-northern-sea-route.pdf>

[45] Auerbach J. et al. (2010). Assessing the impact of climate change on agriculture in Germany – a Ricardian analysis. Universität Hohenheim. URL: <https://ideas.repec.org/p/ags/iatr10/91257.html>

[46] Böhringer C., Peterson S. et al. (2021). Climate Policies after Paris: Pledge, Trade, and Recycle. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Sonja>

[_Peterson/Climate_Policies_after_Paris__Pledge__Trade__and_Recycle/KWP_2183_EMF_overview_01.pdf](#)

[47] Böhm J., Peterson S. (2021). Fossil fuel subsidy inventories vs. net carbon prices: A consistent approach for measuring fossil fuel price incentives. IfW Kiel. URL:

<https://www.ifw-kiel.de/publications/kiel-working-papers/2021/fossil-fuel-subsidy-inventories-vs-net-carbon-prices-a-consistent-approach-for-measuring-fossil-fuel-price-incentives-16282/>

[48] Böhringer C., Peterson S. et al. (2021).

[49] Kofner Y. (2021). Blue Deal: Fiscal and economic effects of the AfD's economic program. MIWI Institute. URL:

<https://miwi-institut.de/archives/1284>

[50] Matthes F. et al. (2021). CO₂-Bepreisung und die Reform der Steuern und Umlagen auf Strom: Die Umfinanzierung der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Öko-Institut. URL:

<https://www.oeko.de/publikationen/p-details/co2-bepreisung-und-die-reform-der-steuern-und-umlagen-auf-strom-die-umfinanzierung-der-umlage-des-erneuerbare-energien-gesetzes>

[51] Burret H. et al. (2021). Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland. Im Auftrag der KfW. URL:

<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Green-Finance-und-Klimaneutralitaet.pdf>

[52] Burret H. et al. (2021).

[53] E.g., from: OECD (2018). GDP long-term forecast (million USD, 2020 – 2050). URL: <https://data.oecd.org/gdp/gdp-long-term-forecast.htm>

[54] Kooths S. (2021). Grüne Konjunkturpolitik – Herausforderungen und Chancen. IfW Kiel. URL:

https://www.kooths.de/download/presentations/2021-11-04-kooths_UTZ-Gr%C3%BCneKonjunkturpolitik.pdf

[55] Böhm J., Peterson S. (2021). | Böhringer C., Peterson S. et al. (2021).

[56] Böhringer C., Peterson S. et al. (2021).

[57] Van Suntum U. (2021). Global climate fund for a more efficient CO₂ reduction. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1325>

[58] Lomborg B. (2021).

[59] Blüm F. (2021). Vollkosten pro kWh: Welche ist die günstigste Energiequelle? Tech for Future. URL:

<https://www.tech-for-future.de/kosten-kwh/>

[60] Kofner Y. (2021). Electricity price effects of different energy generation sources in Europe. MIWI Institute. URL: <https://miwi-institut.de/archives/1400>

Chinas Realismus: Keine Beteiligung an den Klimaschutz-Aktivitäten des Westens

geschrieben von Admin | 10. Dezember 2021

Allen Politikern dieser Welt, die das angeblich vom Spurengas CO₂ drohende Weltuntergangs-Szenario des UN-Weltklimrats IPCC als Gewissheit betrachten bzw. so tun und teure Dekarbonisierungs-Maßnahmen (gegen Kohle-, Mineralöl- und Erdgasnutzung) beschlossen haben, ist absolut klar, dass es entscheidend auf China – und ebenso auf Indien – ankommen wird, ob diese Ziele auch nur annähernd erreicht werden können.

von Günter Keil

Falls China nicht mitspielt, geht nach ihrer Befürchtung die Welt unter. Jedenfalls verhalten sie sich so – und viele glauben das auch. So zum Beispiel der britische Premier Boris Johnson, der den dramatischen Satz ausrief, es sei eine Minute vor Mitternacht.

Wenn man verstehen will, weshalb China, aber auch Indien und weitere Staaten auf der UN-COP26 – Konferenz in Glasgow hart dagegen hielten und diesem Druck seitens der westlichen Industriestaaten nicht nachgaben, muss man die Voraussetzungen, die Probleme und die Möglichkeiten vor allem des Riesenlandes China im Einzelnen herausfinden und bewerten. Ein paar Zahlen über CO₂-Emissions-Megatonnen reichen bei weitem nicht aus. Die Fragen, zu denen man plausible Antworten braucht, sind beispielsweise:

- Wie sieht die Energieversorgung Chinas aus?
- Reicht die Eigenproduktion von Energieträgern in China aus oder werden Importe benötigt?
- In welcher Weise wird sich der Energiebedarf künftig verändern? Welche Trends gibt es schon jetzt?
- Welche Auswirkungen haben Energieversorgungs-Engpässe auf Bevölkerung und Wirtschaft?
- Gibt es Infrastrukturdefizite, die nur langfristig behoben werden könnten?
- Welche Maßnahmen hat die Regierung bereits beschlossen und wie werden sie wirken?

– Welche Bewertung der Klimawandel-Thematik dominiert in Chinas Regierung? Teilt sie überhaupt die Befürchtungen der westlichen Nationen?

Diese und evtl. weitere Fragen müssen beantwortet werden, wobei ein wichtiger Teil dieser Antworten nicht nur Einschätzungen blieben, sondern in Glasgow sehr deutlich beantwortet wurden. Chinas Führer sind zwar nicht sehr mitteilnehmend, was die tatsächliche Lage angeht, aber in Bezug auf ihre gegenwärtige und künftige Politik ließen sie keine Unklarheiten aufkommen.

Der hier präsentierte Versuch, auf diese Weise ein Gesamtbild der Hintergründe und damit des Verständnisses für die nun sehr deutlich sichtbar gewordene Politik zu erreichen, könnte die bisher von einer Mischung aus Ahnungslosigkeit und Arroganz gezeichnete Haltung des „Westens“ gegenüber China zwar erklären, aber wohl kaum nachvollziehen.

Chinas Energiewirtschaft meldete Anfang 2021 Rekorde

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) berichtete im Frühjahr 2021 über geradezu phantastische Fortschritte Chinas in nahezu sämtlichen Teilbereichen seiner Energiewirtschaft¹⁰). Trotz Corona verzeichne man einen steigenden Stromverbrauch bei einem gleichzeitigen massiven Aufbau der Kohlegewinnungs- und der Stromerzeugungskapazitäten, aber ebenso bei den erneuerbaren Energien.

Dazu einige Kernsätze und Zahlenangaben aus dem Bericht. Anmerkungen in Klammern.

– Ein Zuwachs bei der Kohleförderung um 25% in den ersten 2 Monaten von 2021 gegenüber dem Vorjahr auf nun 618 Mio Tonnen.

– Die chinesischen Kohlenimporte hätten sich zwar durch das Importverbot für australische Kohle verringert, was im Januar und Februar zu einem Rückgang der Importe um fast 40% geführt habe. Aber: „Diese Mengen wurden durch inländische Förderung ersetzt!“.

– Bis Ende 2020 habe man rund 5.500 kleine und wenig produktive Kohlegruben geschlossen, wodurch sich die jährliche Förderkapazität um ca. 1 Mrd. Tonnen verringerte. Im gleichen Zeitraum eröffnete China aber auch etwa 1.200 große, moderne Kohlegruben, wodurch diese schließungsbedingte Verringerung mehr als wettgemacht wurde.

– Chinas Jahres-Kohleförderung soll bis zum Ende des Fünfjahresplans (2021-2025) auf max. 4,1 Mrd Tonnen begrenzt sein; die Anzahl der Kohlegruben soll bis dahin um ca. 700 auf 4000 abnehmen.

– Trotz einer Abnahme des Stromverbrauchs im 1.Quartal 2020 habe die „schnelle Erholung der Wirtschaft“ in der Gesamtjahresbilanz zu einem

Wachstum des Stromverbrauchs um 3,1% gegenüber 2019 geführt.

– Die erneuerbaren Energieträger hätten 2020 stark zugenommen: Plus 4,1% Wasserkraft; plus 15,1% Wind; plus 16,6% Solarenergie. (Anmerkung: Eindrucksvolle prozentuale Zuwächse können von einer sehr geringen Basis ausgehen und bedeuten ohne Absolutzahlen wenig.)

– Chinas neu installierte Stromerzeugungs-Kapazitäten beliefen sich 2020 auf 191 GW (1 Gigawatt=1000 MW). Das sei mehr als eine Verdoppelung gegenüber 2019 (86 GW).

(Anmerkung: Darin sind die Maximalleistungen der Windräder und Solaranlagen einbezogen, die mit ihrer kläglichen Durchschnittsleistung nichts zu tun haben. Der gleiche billige Trick, der auch in Deutschland gerne benutzt wird – also die sinnlose theoretische Maximalleistung statt real erreichbarer Jahres- Durchschnittsleistung – wird auch in der nächsten Erfolgsmeldung angewendet.)

– Die installierte Kapazität (s.o.) der erneuerbaren Energien mit 980 GW macht einen Anteil von 44,8% am Kapazitätsmix aus. (Anm.: Wertlose Rechtfertigungs-Aussage.)

– 2020 wurden nach Angaben der chin. National Energy Administration 56 GW an Kohlekraftwerks-Kapazitäten zugebaut.

Diese von der BGR beschriebene (bzw. von offiziellen chinesischen Stellen übernommene) angeblich großartige Entwicklung einschließlich des völligen Ausgleichs negativer Einflüsse und insbesondere die noch großartigere Situation der Energiewirtschaft in den ersten zwei Monaten des Jahres 2021 ist erstaunlich. Sie beruht offenkundig vollkommen auf staatlichen Informationen, die China lieferte. Leider steht das in hartem Gegensatz zu der von unabhängigen Informationsquellen berichteten prekären Lage im 3. Quartal des gleichen Jahres. Siehe nächstes Kapitel.

2. Chinas ernste Energiekrise

Im völligen Gegensatz zum ersten Kapitel, in dem durchweg außerordentlich positive Nachrichten über Chinas Energieversorgungssituation versammelt sind, präsentieren unabhängige Beobachter ein ganz anderes Bild ^{6, 7}).

China und auch Indien sind in ihrer Stromversorgung weitestgehend vom Brennstoff Kohle abhängig – China zu über 60%, Indien sogar zu mehr als 70%.

China leidet seit September 2021 unter einer dramatisch unzureichenden Stromversorgung und die Regierung hat sogar die Industrie in mehreren Provinzen aufgefordert, die Produktion einzustellen – und die Einwohner gebeten, so viel natürliches Licht wie möglich zu nutzen !

In China (und auch in Indien) herrscht ganz offensichtlich ein großer Mangel an Kohle für ihre Kraftwerke. Ian Williams vom *Spectator* ⁷⁾ berichtet, dass die Hälfte der Provinzen den Strombezug rationiert, dass Fabriken geschlossen werden und dass es häufige Stromausfälle (blackouts) gebe.

Der Hauptgrund der Energiekrise – die schlimmste seit Dekaden – war diese zwangsläufig auch von einem enormen Preisanstieg begleitete Kohleknappheit. Ob Corona einen größeren Einfluss hatte, ist die Frage. Hinzu kam die Wirkung der regulierten starren Netztarife für die Energieversorger, die diese veranlassten, ihre Erzeugung zu drosseln, um Verluste einzudämmen.

Beobachter dieser Entwicklung erläuterten, dass es eine wohl kurzzeitige Realität sei, dass China „und viele andere Länder“ kaum eine andere Wahl hatten, als ihren Kohleverbrauch zu steigern, um den Strombedarf zu erfüllen. China habe letztes Jahr (2020) durch ökonomische Anreize den Ausbau seiner Infrastruktur beschleunigt. Dazu gehörten auch neue Siedlungsvorhaben. Derartige Projekte benötigten viel Stahl und Zement – das hätte einen großen Druck auf die Herstellung kohleintensiver Waren erzeugt.

Planwirtschaft statt Marktdynamik hat eben ihre Schattenseiten.

Danny Huang, der Direktor und Haupt-Analyst bei S&P Global Ratings kam zu dem Schluss, dass die Folge von COVID und der Energieknappheit darin bestünde, dass es in Zukunft zu einer weiter expandierenden Kohleverwendung im Energiesektor kommen werde. Dadurch werde der Fortschritt zur Erreichung der Energieverbrauchs- und Emissionsziele von der Notwendigkeit gestoppt, zur Kohlenutzung zurückzukehren. Diese Äußerung vermittelt den Eindruck, dass auch die Regierung diese Verzögerungen bedauert. Man kann es auch anders sehen.

Andere Analysten wie z.B. Wood Mackenzie und Citi Research erwarten Heizkohlen-Knappheit in diesem Winter und auch noch 2022. Es wird vermutet, dass die Regierung im 4. Quartal 2021 eine 12-prozentige Kürzung des industriellen Energieverbrauchs anordnen werde. Weitere Meldungen sagen, dass die Industrie mehr Dieselgeneratoren einsetze, um die Produktion am Laufen zu halten.

Die Energiekrise hat sich inzwischen auch zu einem Problem für Chinas weltweite Lieferketten entwickelt, weil seine verarbeitende Industrie gestört ist und es Monate dauern könnte, bis sie sich wieder erholt. Die Kohleknappheit ist zum Teil von Peking selbst verschuldet, weil es den Import von Australiens (bitter benötigter) Kohle verboten hatte. Der Grund dafür ist für das Gebahren einer Diktatur typisch: Canberra hatte 2020 Chinas Regierung aufgefordert, eine unabhängige Prüfung zum Entstehen der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Auch wenn das Peking sehr ärgerte, war es doch eine höchst ungewöhnliche, für eine Diktatur aber offenbar normale diplomatische Reaktion. Jetzt sah sich China jedoch zu einem blamablen Rückzieher gezwungen, indem der Importstopp rückgängig gemacht wurde. In chinesischen Häfen kam es zu geradezu skurrilen

Aktionen, als chinesische und indische Bevollmächtigte versuchten, einigen während des Importstopps dort „gestrandeten“ Frachtschiffen ihre Kohleladung abzukaufen.⁶⁾

Den erwähnten Aufforderungen an die Industrie zur teilweisen Produktionseinstellung folgte auch noch eine Anweisung an die Stromerzeuger, die Energieversorgung „trotz aller Kosten“ zu sichern. Damit nicht genug, wurden die Kohlebergleute aufgefordert, die Förderung zu beschleunigen (man stelle sich das hierzulande vor). Premier Li Keqiang kündigte ferner industriebezogene Maßnahmen zur Steigerung der Kohleproduktion an, insbesondere eine schnellere Anlage und Bereitstellung neuer Kohlebergwerke sowie den Aufschub von Steuerzahlungen.

Während die Anweisungen zu einstweiligen Fabrikstillegungen und die rührende Bitte um eine längere Nutzung des Tageslichts einen Anflug von Verzweiflung bei der Regierung vermitteln, sind die Forderungen nach schnellerer Arbeit der Bergleute und nach dem Bau neuer Kohlebergwerke in mehreren Aspekten beängstigend – und vermutlich auch wenig effektiv. Im folgenden Kapitel werden die Gründe für diese Einschätzung behandelt.

Generell kann man sagen, dass die COVID-Pandemie wohl einen gewissen Einfluss auf die Energiekrise gehabt hat, dass jedoch die wesentlichen Ursachen „hausgemacht“ waren, wie Ian Williams vom *Spectator* erläuterte⁷⁾. Von Emissionen ist bei allen diesen Maßnahmen nicht die Rede; es geht um den bedrohten Zustand der Wirtschaft und um die Minimierung der harten Auswirkungen auf die Bevölkerung.

3. Chinas verdeckte Probleme: Unterirdische Kohlefeuer; weiterhin unsichere und gefährliche Kohlebergwerke.

Die Anordnungen von Premier Li Keqiang in Bezug auf die Erschließung neuer Kohlebergwerke und zur Beschleunigung der Förderung in den bestehenden Gruben sollten eigentlich eine detaillierte Kenntnis der tatsächlichen Situation in Chinas Kohlebergbaugebieten voraussetzen. Diese Situation ist nicht durch irgendwelche Weisungen zu ändern und schon gar nicht zu verbessern.

Diese Gebiete befanden sich an der langen Nordgrenze zur Mongolei und es handelt sich zum großen Teil um Gebirgsregionen.

Die Anzahl der dortigen Kohlegruben ist hoch und viele davon wiesen ein unerwartetes Merkmal auf: Es waren Privatunternehmen. Und diese unterschieden sich beträchtlich von den staatlichen Betrieben: Ihre Sicherheitseinrichtungen waren zumeist deutlich sparsamer ausgebaut – es kostete halt Geld. Die Folgen waren sowohl zwangsläufig als auch erschreckend, denn schwere Unfälle, die im Grunde Katastrophen sind, geschahen keineswegs selten.

Diese Unfälle sind die bekannten Grubengasexplosionen, ausgelöst durch

das Austreten von Methan aus dem angebrochenen Gestein bzw. der Kohle, die durch die verschiedensten Ursachen wie Funken an elektrischen Geräten gezündet werden können. Das wird in allen Bergwerken in dieser Welt durch ein ganzes Bündel von ausgefeilten Sicherheitsmaßnahmen verhindert. Es sei denn, der Bergwerksbesitzer will daran sparen. Die bekannten Folgen sind zahlreiche Opfer unter den Bergleuten, was diese Arbeitsplätze zu den gefährlichsten in China macht. Die kaum bekannten weiteren Folgen waren oft Kohlebrände in den getroffenen Gruben – die dadurch für die weitere Förderung endgültig verloren gingen.

Denn diese unterirdischen Kohlefeuer brennen Jahrzehnte, bis das Vorkommen vollständig vernichtet ist.

Diese Unglücke mit einer derartigen Folge gab es früher (sehr viel früher) in allen Kohlebergbaugebieten der Erde. Ihre Ursachen waren nicht immer Grubengas-Explosionen, sondern auch eine gefährliche Eigenschaft einiger Kohlearten: Sie entzündeten sich von selbst beim Kontakt mit Luft. Die Feuer wurden damals nicht nur bekämpft, sondern gelöscht. Und zwar auf die einzige erfolgreiche Methode: Mit großen Wassermengen.

Warum also nicht auch in China? Weil es in den nördlichen Bergbauregionen ganz einfach kaum oder auch gar kein Wasser gibt. Eine wirksame Bekämpfung ist nur bei offenen Feuern möglich, und sie besteht tatsächlich darin, dass die glühende Kohle mit Baggern aus der Feuerhölle herausgeholt wird...

Neben den Menschenopfern und dem vollständigen Verlust des betreffenden Bergwerks gibt es noch ein weiteres schwerwiegendes Problem an der Erdoberfläche über den brennenden Flözen: Durch Erdspalten, die sich das Feuer selbst schafft – indem z.B. die Erde über einem ausgebrannten Flöz einbricht – quillt der Qualm heraus und hüllt die gesamte Umgebung, in der die Bergleute mit ihren Familien leben, in einen Giftnebel.

Der Autor dieser Zeilen hat im Laufe der Arbeit im Bundesforschungsministerium eine wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China zum Thema „Bekämpfung unterirdischer Kohlefeuer“ geleitet. Dabei arbeiteten deutsche Wissenschaftler sowie Industrieexperten aus dem Bergbau mehrere Jahre mit chinesischen Fachleuten zusammen. China hat bei diesem Thema auch mit modernsten Methoden gearbeitet: So wurde mit Satelliten die Temperatur der Erdoberfläche in den Bergbaugebieten gemessen – und an einer erhöhten Temperatur erkannte man bereits aktive Kohlefeuer. Damit vermeidet man wenigstens, am falschen Ort eine neue Kohlegrube zu errichten.

Wie sich bei meinen Gesprächen mit der Kohlebehörde herausstellte, gab es bei diesen Katastrophen noch ein Problem, an das man erst glaubt, wenn es einem erklärt wird.

Die Behörde hatte einen Spezialisten, einen Herrn Wu, der immer dann zum Einsatz geschickt wurde, wenn wieder einmal eine Grubengasexplosion in einer privat betriebenen Mine passiert war: Es war Herrn Wu's Aufgabe, den (anscheinend in allen diesen Fällen) auf der Flucht befindlichen

Direktor des Unglücksbetriebs zu fangen...

Dazu gab es noch eine weitere schlechte Nachricht, allerdings aus einer anderen (deutschen) Quelle: Wenn die Grube nicht brannte, also nach Reparaturen und Beerdigung der Opfer wieder betrieben werden konnte, war der neue Besitzer wiederum ein Privatmann. Die Voraussetzung dafür war die Schmierung der örtlichen Parteiführung.

Diese Existenz von sehr speziellen chinesischen Problemen im Kohlebergbau lässt gewisse Zweifel an einem größeren Erfolg der von Premier Li Keqiang angeordneten Maßnahmen zu.

Zwar wurde berichtet, dass ein großer Teil der privaten Minen geschlossen wurde. Wie groß er noch immer ist, das ist die Frage. Zahlreiche neue Gruben befinden sich allerdings sehr verteilt im übrigen China und die beschriebene Gefahr ist dort gewiss geringer, denn Wassermangel wird vermutlich eher selten auftreten.

Die Forderung nach einer noch höheren Arbeitsleistung der bedauernswerten Kumpel ist allerdings recht zynisch. Man kann wohl davon ausgehen, dass es ausgerechnet in diesem Beruf in China keine persönlich erschließbaren Leistungsreserven gibt. Eine Erhöhung der eigenen Kohleproduktion könnte daher vielleicht in einem Jahr möglich sein; eventuell dauert es noch länger.

4. Alte Versäumnisse zwingen zu Reparaturmaßnahmen: Elektroautos für die Millionenstädte

Die westliche Klimaschutz-Gemeinde hat die Berichte über Chinas Aktivitäten, Elektroautos in großer Zahl in seine rasant gewachsenen Großstädte hineinzubringen, mit großer Befriedigung registriert. Beweist das doch offensichtlich, dass China dem westlichen Beispiel folgt, alles nur Denkbare zu elektrifizieren, auch wenn das leider und daher unausgesprochen nur mehr Kohle- und Kernkraftstrom erfordert. Für Peking ist diese Einschätzung ein propagandistischer Vorteil, der offenbar belegt, dass es China tatsächlich darum geht, alle noch so merkwürdigen Maßnahmen der westlichen Klimahysteriker – zum Beispiel eine wetterabhängige Stromerzeugung für ihre Industrieländer einzurichten – getreulich zu adaptieren.

Der Hintergrund dieser Aktion ist jedoch ein recht altes und schwerwiegendes Umweltproblem, das das dynamische und stets beispielhaft schnell handelnde Land China lange ignoriert und – deutlich gesagt – „verpennt hat“. Es handelt sich um die geradezu notorische Luftverschmutzung in den Millionenstädten, die von zahllosen Emittenten verursacht wird – früher die Industrie in den Städten, heute immer noch Hausheizungen und Autos – und die sehr oft zu einem geradezu kriminellen Smog führt. Bei Inversionswetterlagen, wenn unterschiedlich warme Luftschichten wie ein Kochtopfdeckel den Luftaustausch über einer Stadt verhindern, was dann noch besonders schlimm im Winter eintritt, laufen

die Menschen mit Stoffmasken durch den Aerosol- und rußgeschwängerten Smognebel und das nicht erst seit Corona, sondern seit über 25 Jahren. Das führt unweigerlich zu der Frage, ob diese Städte denn nicht seit Langem ein leistungsfähiges System des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingerichtet haben, und zwar gleichzeitig mit dem wirklich atemberaubend rasanten Ausbau der Städte – was aber nur Verkehrswege und Hochhäuser angeht. Jetzt sind die Straßen mit langsam dahinkriechenden Autos überfüllt, zwischen denen die ÖPNV-Busse hängen. Ja, es gibt breite Radwege, die den Benutzern die etwa gleiche langsame Transportgeschwindigkeit wie den Autofahrern erlauben, aber vergebens sucht man ebenerdige, abgetrennte Trassen für Schienenfahrzeuge oder auch Busse – und auch die in manchen europäischen Metropolen vor beinahe 100 Jahren eingerichteten Hochbahnstrecken sucht man vergeblich. Obwohl die breiten Ausfallstraßen dafür bestens geeignet wären.

Inzwischen gibt es einige U-Bahn-Linien, aber viel zu wenige.

Beispielhaft ist bei diesem Thema die damals für Berlin gefundene geniale Lösung: Die U-Bahn fährt unter der City im Tunnel, erscheint dann im Außenbereich aus dem Untergrund und wird zur Hochbahn – um noch weiter draußen als offene Einschnittsbahn unter dem Straßenniveau weiterzulaufen. Von dem zusätzlichen, stets als Hochbahn angelegten S-Bahn-Netz nicht zu reden. Und dann gibt es noch die Straßenbahnen – oft auch auf eigenen Trassen...

Das haben Stadtplaner damals weitsichtig realisiert, obwohl sich damals wahrlich nicht jeder ein eigenes Auto leisten konnte. Aber der Trend war unübersehbar.

Ein sehr originelles und leistungsfähiges ÖPNV-System gibt es aber auch schon seit 1904 in China ! In Hongkong: Die beliebte Doppelstock-Straßenbahn. 218 Kilometer Schiene und 159 Stationen. Hätte man nur zu kopieren brauchen...

Die Riesenstadt Chongqing hat immerhin ein für eine Hochbahn sehr gut geeignetes Beispiel verwirklicht: Zwei Einschienenbahn-Linien („Monorail-System“), die ohne die enormen Kosten der Tunnelkonstruktion für U-Bahn-Strecken zu errichten wären.

Wenn es die chinesischen Stadtplaner heute nicht mehr wagen wollten, in die Straßen Hochbahnen hineinzubauen – auch nicht das o.e.

Monorailsystem – da bleiben nur U-Bahn-Strecken. Das dauert und ist teuer.

Damit erklärt sich die große Elektroauto-Initiative als eine Notmaßnahme. Die zahllosen Alt-PKW werden jedoch deshalb nicht verschwinden. Diese zu verbieten, traut sich selbst Peking nicht. Nur Nordkoreas Führung würde es vielleicht wagen.

Mit Klimaschutz hat das alles nicht das Geringste zu tun, denn der Strom für die E-Autos kommt aus Kohlekraftwerken. Die Industriefabriken sind inzwischen aus den Kernbereichen der Großstädte verschwunden, aber bei der Hausheizung kann sich wenig getan haben. Bleibt der Autoverkehr. Aber wenn es dennoch auf Dauer in den Großstädten weniger Atemwegserkrankungen gibt, haben E-Autos als vorläufige Maßnahme

durchaus Sinn. Das Verkehrsproblem wird aber noch lange bestehen bleiben.

5. Peking setzt auf die Kernkraft

Peking ist ein Vorreiter auf einem Gebiet, das eigenartigerweise so gut wie niemals mit China in Verbindung gebracht wird: Seine eindrucksvolle Kerntechnik. Der Chefredakteur der deutschen Fachzeitschrift *atw*, Christopher Weßelmann, hat anstelle des krampfhaften Wegschauens unserer Medien im November d.J. Klartext geschrieben ⁴):

„China hat binnen zwei Jahrzehnten eine leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. 50 leistungsstarke Kernkraftwerke (!) sind ohne Berührungsängste mit Erneuerbaren ein wichtiger Teil der Stromversorgung und in den kommenden Jahren können vier bis acht Blöcke hinzukommen – jedes Jahr (!). Zudem ist China offen für neue Reaktorkonzepte. Sowohl die aus Deutschland stammende Hochtemperatur-Reaktortechnologie mit Kugelbrennelementen als auch Natriumgekühlte Reaktoren und jetzt sogar „Salzschmelzereaktoren“ werden konzipiert, errichtet und in Betrieb genommen. Darüber hinaus drängt China langsam auch in den weltweiten Export seiner Anlagen.“

6. China und die „Erneuerbaren“

China erzeugt angeblich mehr Solarstrom als jedes andere Land. Aber es bleibt vollkommen abhängig von der Kohle: 85% der verbrauchten Energie stammt aus fossilen Brennstoffen; davon hat die Kohle 57%. China und Indien haben als einen Beitrag zu dem Pariser Klimaabkommen einige der weltweit größten Solarstromprojekte im Werte von einigen (nicht bekannten) Milliarden an US-Dollars in Angriff genommen. China begann auch mit dem Bau von Windkraftanlagen. Deren grundsätzliche, weil von der Physik vorgegebene Probleme – die drastischen Leistungsschwankungen – hat man jedoch bereits schmerzlich erlebt:

China hat gezeigt, dass es die prinzipielle wetterbedingte Unzuverlässigkeit der errichteten Windstromanlagen nicht wie z.B. in Deutschland als unvermeidlich und ganz bestimmt klimanützlich hinzunehmen bereit war, als es im vorigen Jahre mit einem Abschaltbefehl die Stilllegung einer großen Anzahl von Windparks wegen Netzstörung veranlasste.

Wir versuchen dagegen, diese Netzstörungen durch das An- und Abschalten von „Reserve“-Kohle(!)kraftwerken auszuregulieren: Die für den Zustand der Anlagen schädlichste Betriebsweise und auch keine „erneuerbare“ Methode. War dieser offenbar massive Einstieg in die „Erneuerbaren“ nun der Beginn des Kampfes gegen die angeblich drohende Klimakatastrophe? Oder ist es vielmehr eine Besänftigungsgeste gegenüber dem „Westen“? Die veröffentlichten Ausbau-Daten kann man vielleicht glauben.

Dieses Problem hat die westliche Öffentlichkeit mit allen Wirtschaftsdaten, die von autoritären Regierungen, von Diktaturen und ähnlichen Staatsgebilden veröffentlicht werden, ob das nun Russland, Nordkorea, Kuba, Venezuela oder eben auch China ist. Der Wahrheits- und Propaganda-Anteil ist undurchschaubar.

7. China und Indien bescherten der UN-Klimakonferenz COP26 in Glasgow eine schwere Pleite

Die beiden Länder benutzten die Glasgow-Konferenz, um diese Versammlung kräftig zu schocken: China wünscht, dass der Westen für das Erreichen von „NetZero“ zahlt. Indien nannte auch die Summe: Eine Billion (1000 Milliarden) US-\$.

Nachdem Präsident Biden China und Russland dafür kritisiert hatte, dass ihre politischen Führer sowohl die G20-Runde als auch den COP26-Gipfel in Glasgow „brüskiert“ hätten, durfte immerhin Präsident Xi Jinping eine schriftliche Erklärung vorlegen, mit der Pekings Klima-Agenda vorgestellt wurde. Deren Inhalt deprimierte die Versammlung: Mr. Xi kündigte keinerlei neue Verpflichtungen an. Er erneuerte jedoch erneut die 2009 erhobene Forderung nach Unterstützung der Entwicklungsländer für die Net Zero Transition – und nannte auch den Preis: 100 Mrd. US-\$ jährlich. Selbstverständlich nur von Seiten der „fortgeschrittenen Wirtschaften“. Xi sagt weiterhin: Die Länder sollten für sich „pragmatische Lösungen“ wählen, und zwar „unter Berücksichtigung nationaler Bedingungen“ – und fügte hinzu, dass die entwickelten Länder (also der Westen) nicht nur mehr für sich selbst tun sollten, sondern auch Unterstützung für Entwicklungsländer bereitstellen. Mr. Xi betonte, dass China hohen Energieverbrauch und Projekte mit hohen Emissionen „entschlossen drosseln“ werde. (Anm.: Siehe oben die Gründe der eigenen Energiekrise: Stahl, Zement, Infrastruktur...).

China hat bislang mehrfach eine zweideutige Klimapolitik gezeigt. Es hat durchaus Anstrengungen sowohl zu CO₂-Reduzierungen als auch zur Anlage von Windparks und Solarstromerzeugern unternommen. In Bezug auf künftige Maßnahmen und deren Zeithorizonte hat man sich mehrfach geäußert, wobei ein Beobachter allerdings kaum eine konsequente Strategie feststellen konnte; eher von Änderungen gekennzeichnete Absichtserklärungen und Informationsblocks.

Nach außen gibt es Bekenntnisse zu den Klimazielen des Westens, wenn auch mit extrem in der Zukunft liegenden Zeithorizonten ; nach innen besteht der Zwang zur Überwindung der Energiekrise, der Stabilisierung der Wirtschaft und vor allem die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Weiterhin betrachtet China ganz gewiss die drastische Selbstschwächung der westlichen Industriestaaten durch deren extreme Investitionen in die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaft sowie die harten finanziellen

„Klimaschutz-Belastungen“ der Bevölkerung als eine großartige Chance für seine weitere Eroberung von Auslandsmärkten.

Eine Zusammenstellung, die gewiss nicht vollständig ist: Was die westlichen Staaten in den vergangenen Jahren stets beunruhigt hat, war der durchgehend starke Ausbau der chinesischen Kohlekraftwerke – mit der geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit von einem Neubau pro Woche! Damit stiegen die CO₂-Emissionen in einem Ausmaß, das sämtliche Einsparungsbemühungen der übrigen Staaten mengenmäßig weit übertraf. China hatte bei den Pariser Klimaschutz-Verhandlungen darauf bestanden, dass es in dieser Weise weiterhin agieren werde, ansonsten es das Abkommen nicht unterzeichnen werde. Man ließ es zu, weil sonst das ganze Abkommen gegenstandslos geworden wäre. Eine politische Folge dieser Kapitulation der UN-Veranstalter war die Kündigung dieses Abkommens durch die Trump-Administration, die keineswegs willkürlich war, sondern die nach einer entsprechenden nachdrücklichen Empfehlung von über 300 US-Wissenschaftlern an Präsident Trump erfolgte. China konnte allerdings nicht anders handeln, weil der geradezu ungeheure Nachholbedarf dieses Riesenlandes an seiner Elektrifizierung diese Ausbaupolitik schlicht erzwang.

Chinas Botschaft an die in Glasgow versammelte globale Klimaschutz-Gemeinde bestand in seiner Erklärung, dass es die Kohlenstoff-Neutralität um 2060 erreichen will. Ferner werde es bereits um 2030 eine 65-prozentige Verringerung in der Emissionsintensität seiner Wirtschaft erreichen. Präsident Xi Jinping hatte zudem festgelegt, dass zur Erreichung dieses Kohlenstoff-Neutralitätsziels das Maximum des Kohleverbrauchs in 4 Jahren – also 2025 – erreicht werden soll. Xi genehmigte allerdings den Bau neuer Kohlekraftwerke – und zwar in der gleichen Zubauintensität wie zuvor: Jede Woche ein neues Kraftwerk ans Netz! Dabei machte er klar, dass China es nicht dulden werde, wenn seine Maßnahmen vom Westen diktiert werden sollen. Zugleich lehnte er eine Teilnahme in Glasgow ab.

Einige Zahlen zum Vergleich: Im vergangenen Jahr 2020 wurden global Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 37,8 GW stillgelegt. Mehr als die Hälfte davon in den USA und der EU. Im Falle der USA war das jedoch kein Tribut an die Klimapanik, sondern die Folge der stark gesunkenen Erdgaspreise durch die modernen Gewinnungsmethoden (Fracking), die den Kohlekraftwerken harte Konkurrenz bescherten. Im gleichen Zeitraum gingen in China neue Kohlekraftwerke mit 38,4 GW ans Netz. Derzeit werden dort an 60 Orten quer durch China neue Kohlekraftwerke gebaut.

Vor der Glasgow-Konferenz hatten die Führer der Gruppe „G20“, das betrifft die 20 Staaten mit größter Wirtschaftskraft, über einen Kohleausstieg und über die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius beraten – und waren uneins geblieben.

Schließlich schockte Indiens amtierender Premierminister Narendra Modi

die COP26-Delegierten mit der Erklärung, dass Indien darauf abziele, das Net Zero-Ziel im Jahre 2070 (!) zu erreichen. Das bisherige Ziel 2060 würde für Indien schwierig sein..

Dazu muss man feststellen, dass diese Zieljahre 2060 und 2070 ohnehin völliger Unsinn sind, weil jegliche Planungen für eine dermaßen entfernte Zukunft schlicht unmöglich sind. Der ehrliche Inhalt beider Angaben lautet: „Niemals“.

Die *Sunday Times* ⁹⁾ berichtete am 7.11.21, dass der britische Präsident der Glasgower Zusammenkunft, Alok Sharma, den Delegierten und den Medien am Ende der Konferenz mitgeteilt hat, dass als Ergebnis des von ihm verhandelten Übereinkommens „das Ende der Kohle in Sicht“ wäre. Die *Sunday Times* fügte dieser Meldung hinzu: „Und nun die Tatsachen“. Dann folgte: „Nicht nur wurde die Erklärung über die Beendigung der Kohlen-Nutzung in den 2040er Jahren von den größten drei Verbraucherstaaten (China, Indien und Amerika) – die zusammen für über 70% der globalen CO2-Emissionen verantwortlich sind – gar nicht unterzeichnet. Außerdem sei das oben von Mr. Sharma verkündete Versprechen sogar noch „kastriert“ worden – und zwar durch das Hinzufügen der Aussage über den Ausstiegs-Zeitpunkt „...oder so bald wie es später möglich ist“.

The Spectator beschrieb in einem Artikel von Philip Patrick ¹³⁾ die Verzweiflung von Alok Sharma nach der vernichtenden Änderung seiner Formulierung für die Endfassung des Konferenzergebnisses, in der er das Bekenntnis zum Ausstieg aus der Kohle („phaseout“) durchsetzen wollte. In einem harten Ringen um diese Aussage in den letzten Minuten von COP26 setzten sich Indien, China, Südafrika und Iran damit durch, nur den Begriff „phase down“ zuzulassen – also künftig „etwas weniger Kohlennutzung“ zu versprechen. Patrick weiter:

„Absolut nichts war erfolgreich, die schlimmsten Emittenten der Welt zu beschwätzen oder einzuschüchtern, denn diese hatten berechtigte Gründe für ihre Haltung, den Drohungen und der Angstmacher-Taktik nicht nachzugeben: Ihr Volk aus der Armut zu befreien.“

Der Leiter der Internationalen Energieagentur IEA, Fatih Birol, stellte fest, dass die Abwesenheit sowohl der größten Kohleproduzenten als auch der Verbraucher (Australien weigerte sich ebenfalls, zu unterschreiben) bedeute, dass die Chancen, das verkündete und mysteriös präzise Ziel, die globalen Temperaturen bei nicht mehr als 1,5 °C über dem vorindustriellen Wert zu realisieren, „nahe bei Null“ liegen. Zu diesem Zeitpunkt, so die *Sunday Times*, hatten aber alle Regierungs-Chefs, die sich die Mühe gemacht hatten, in Glasgow aufzutreten, bereits den Konferenzort in ihren Privat-Jets verlassen... Und Steve Hilton bemerkte in seinem Artikel in der *Mail on Sunday* vom 7.11.21, Titel:

„COP26 ist ein riesenhafter hohler Schlamassel“ ¹¹⁾; „Wie

schlimm muss das Gipfeltreffen für den US-Präsidenten Joe Biden gewesen sein, dass er seine 85 Fahrzeuge umfassende, benzinsaufende Automasse sowie die 4 Flugzeuge umfassende Luftflotte über den Atlantik zurückreisen ließ, damit er schnell wieder nach Hause kam“.

Chinas Führung kann angesichts der ziemlich kläglichen COP26-Resultate in Glasgow eigentlich recht zufrieden sein. Es war nicht allein in seiner Ablehnung überzogener Forderungen und der Widerstand der großen Akteure war beachtlich. Peking hat erneut Zeit gewonnen und zudem auch noch Unterstützung von weiteren Staaten. Einen exzellenten Artikel zu diesem Thema hat Prof. Richard Lindzen kürzlich veröffentlicht: „China Warming“¹⁴).

Die nächste geplante UN-Klimakonferenz in Sharm El Sheik (Ägypten) dürfte nach diesen Erfahrungen ein noch größerer Alptraum für die Klimakatastrophengemeinde als der von Glasgow werden. Falls sie noch stattfindet.

8. China, die Kohlenstoff-Neutralität und eine geplante Zusammenarbeit mit den USA.

Die beiden Weltmächte China und die USA waren bei der gerade beendeten Klimakonferenz in Glasgow kaum sichtbar. Aber zur allgemeinen Überraschung gaben sie als Ergebnis ihrer gerade beendeten Gespräche eine „Gemeinsame Glasgow-Deklaration zur Stärkung von Klimaschutzmaßnahmen in der 2020ern“ heraus. Diese Erklärung hatten die beiden Verhandlungsführer John Kerry, der Klimaschutzbeauftragte der US-Regierung, und der chinesische Chefunterhändler Xie Zhenhua in den Tagen zuvor ausgearbeitet. Die darin angekündigte intensive Zusammenarbeit werten die sog. Beobachter als ein Zeichen dafür, dass beide Staaten in Glasgow einen positiven Eindruck hinterlassen wollten; allerdings auch als ein deutliches Signal dafür, dass sie damit keinem Druck von dritter Seite nachgegeben haben, sondern dass ein beiderseitiges Interesse die Grundlage sei.

Das Dokument enthält allerdings keine harten, konkreten Ziele, sondern eher allgemeine Zusagen wie die Absicht, dem in Paris 2015 beschlossenen Plan zu folgen. Die Unterzeichner wollten demnach ihre CO₂-Reduzierungsmaßnahmen sowohl überprüfen (das allerdings ist in Bezug auf China wohl eher eine schöne Hoffnung) als sie auch verstärken. Das klingt jedenfalls gut, aber erst die kommenden Jahre werden zeigen, ob es außer symbolischen Projekten auch die enormen Anstrengungen in der Dekarbonisierung geben wird, die erforderlich wären, wenn die Warnungen des IPCC der Wahrheit entsprechen würden. Sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Folgekosten würden im Falle der Erfüllung der Versprechungen gerade in China unvorstellbar hoch ausfallen, was zur Skepsis Anlass gibt. Chinas Regierung und ihre Partei sehen jedenfalls bisher nicht wie ein Selbstmordkommando aus.

Im Pariser Klimaabkommen hatte China folgende Ziele festgeschrieben: Eine weitere Steigerung seiner Emissionen bis zum Jahre 2030 und das Erreichen der Klimaneutralität erst 2060. Im September 2020 hatte China allerdings angekündigt, das Maximum seiner Emissionen bereits vor 2030 zu erreichen und auch die Klimaneutralität vor 2060 zu schaffen. Präziser wollte man das aber nicht sagen.

In der Glasgower Erklärung beider Regierungen steht nun, dass China gemeinsam mit den USA beschleunigt dafür sorgt, dass das bisherige Verfehlen der Pariser Versprechungen zum Erreichen des 1,5-Grad-Begrenzungsziels des globalen Temperaturanstiegs nicht akzeptiert wird, sondern dass diese Ziele erreicht werden müssen.

Diese gemeinsamen Anstrengungen können sich allerdings ausschließlich auf die Verbesserung und Neuentwicklung technischer Verfahren beziehen, was mit vielen mit gut klingenden Projektbezeichnungen versehene lange Themenlisten zu schaffen ist, aber hauptsächlich nur längst erprobte und aus guten Gründen wieder aufgegebene Vorhaben umfassen kann. Schließlich sind die zunächst vielversprechenden Entwicklungen schon seit vielen Jahrzehnten das tägliche Brot unzähliger Institutionen und Industrielabors.

Wer auf neue, durchschlagende Verbesserungen hofft, wird – außerhalb der IT-Branche – wohl nichts finden, was die extremen Zielsetzungen zu erfüllen hilft.

Wie die beiden Staaten allerdings mit den wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen in ihren Ländern fertig werden wollen, entzieht sich zwangsläufig einer Zusammenarbeit, da es wohl kaum unterschiedlichere Regierungssysteme als die Chinas und der USA gibt.

9. Schlussfolgerung

Aus den gesammelten Absichtserklärungen, Propagandameldungen, tatsächlichen Ereignissen, Zahlen, Kommentaren sowie den zwischen den Zeilen deutlich sichtbaren Fakten kann man Chinas grundlegenden Plan durchaus erkennen.

Es verfolgt eine Doppelstrategie:

– Priorität hat immer Chinas Bestreben, seine Wirtschaftsleistung maximal zu steigern – und damit zugleich auch den Lebensstandard seiner Bevölkerung. Die Eroberung des Weltmarktes sowie die weitgehende Einflussnahme auf möglichst viele Länder, die als Abnehmer von Waren und auch als Rohstoffquelle für Chinas Industrie gewonnen werden können, wird konsequent verfolgt.

– Die von den westlichen Industrieländern nach Pekings Einschätzung unbegründete Furcht vor einer durch Kohlendioxid-Emissionen in der näheren Zukunft drohenden Klimakatastrophe bietet China unerwartete und außerordentliche Chancen, das oben genannte Ziel sogar noch schneller zu erreichen. Der Westen zerstört dabei wichtige Sektoren seiner Industrie und verliert deutlich an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – ein unerwarteter und geradezu

geschenkter Vorteil für das Reich der Mitte, den es entschlossen auszunutzen beabsichtigt.

– Um diese Chance für einen längeren Zeitraum abzusichern, muss China als auch weiterhin größter Emittent des vermeintlich an der kommenden Katastrophe ausschlaggebenden Treibhausgases CO₂ unbedingt den Eindruck erwecken, dass es entschieden und massiv diese Emissionen reduziert und die Klimaziele einer Begrenzung des Globaltemperatur- Anstiegs auf plus 1,5 Grad Celsius sowie die spätere völlige Neutralisierung dieser Emissionen („Net Zero“) zuverlässig erreichen wird. Dafür muss China glaubwürdige Beweise liefern, auf die der Westen Wert legt: Eine drastische Absenkung der Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Mineralöl, Erdgas) bei der Energieerzeugung sowie eine eindrucksvolle Errichtung von Windparks und Photovoltaik-Anlagen.

– China hat auf diese Forderungen und Erwartungen professionell reagiert: Eindrucksvolle Wind- und Solarstromanlagen wurden errichtet – das ist gewissermaßen der Preis dafür, dass sich die Kritik an China in Grenzen hält.

– Aus der bisherigen Klimapolitik dieses Landes ist jedoch klar zu erkennen, dass überhaupt nicht daran gedacht wird, sich z.B. von der dominierenden Kohleverwendung zu verabschieden. Vor Kurzem haben China und Russland die Lieferung großer Erdgasmengen nach China vereinbart. Auch die Kohleimporte werden weitergehen. Conrad Black sagt in seinem knallharten Artikel ¹²⁾ zu allem, was China zur COP26 erklärt hat:

„Selbstverständlich sind das keine ernsthaften Absichten und sie bedeuten nichts.“ Und weiter: „China demonstrierte, wie vollständig seine Verachtung für das Ganze ist.“

– Chinas Drohpotenzial – bekannt und gefürchtet, aber nicht offiziell angesprochen – besteht darin, dass sich die Regierung an den Pranger gestellt sieht und sich daraufhin aus der scheinbaren Bedienung der westlichen Forderungen empört verabschiedet. Präsident Xi hat zu „diktatorischen Forderungen des Westens“ bereits sehr deutliche Worte gefunden.

– Manche Leser werden die Frage stellen, ob denn die Regierung Chinas mit ihrer offensichtlichen Politik nicht den von den Klimawarnern angekündigten Weltuntergang bewusst in Kauf nimmt. Das ist gewiss nicht der Fall. Vielmehr zeigt Chinas Politik sehr klar, dass seine führenden Politiker die westliche Klimapanik für unsinnig halten – und die ganze CO₂-Erwärmungstheorie für falsch. Unbewiesen ist sie ja bis heute in der Tat und die chinesischen Wissenschaftler haben selbstverständlich die gesamte kritische Fachliteratur – vor allem aus den USA – ausgewertet und daraus ihre Schlussfolgerungen gezogen. Chinas Regierung besteht in dieser Sache nicht aus verantwortungslosen Hasardeuren. Es sind Realisten.

Die westlichen Regierungen, so sie tatsächlich an die vorhergesagte Klimakatastrophe glauben, sollten alle Hoffnung fahren lassen. China will die Welt nicht retten. Und niemand kann daran etwas ändern. Auch Deutschland nicht, indem es seinen 2-Prozent-CO₂ Anteil an der globalen Emission mit einer Selbstzerstörungspolitik auf vielleicht 1,6 Prozent verringert.

Vielleicht liegt ein Teil der heutigen Haltung Chinas zu der Debatte um das Weltklima auch ein wenig an der langen Geschichte des chinesischen Kaiserreichs. In Veröffentlichungen von Astrophysikern wurde im Zusammenhang mit der Dynamik, die von der Sonne in ihrer Periodizität ihrer Sonnenflecken gezeigt wird, auch erwähnt, dass es im antiken China zum normalen Studium kosmischer Ereignisse gehörte, dieses Phänomen der Sonnenflecken zu beobachten und zu dokumentieren. Vielleicht ist es dieses historische Interesse an dem, was die Sonne an eindrucksvollen Besonderheiten zeigt, das eine grundlegende Bewunderung dieser ewigen Licht- und Wärmequelle zur Folge hat.

Dass sich Langnasen (so nennen uns Chinesen) stattdessen vor einem mickrigen Spurengas fürchten, das angeblich die Macht der Sonne begrenzt, hält man in diesem Land vermutlich für recht seltsam.

Quellen

1. BGR-Energiestudie 2018 „Steigender globaler Energieverbrauch – Zuwächse vor allem bei erneuerbaren Energien und Erdgas“, (Pressemitteilung),
2. BGR Energiedaten 2019 – Daten zu Entwicklungen der deutschen und globalen Energieversorgung. (Publikation). 16.12.2020
Datei: energiedaten_2019.xlsx
http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/energiedaten_2019.html
3. BGR-Energiestudie 2014 „Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen“, (Publikation):
<http://www.bgr.bund.de/energiestudie2014>
4. Christopher Weßelmann: „Kernenergie: Ein Weg der Vernunft“, (Editorial), atw Vol.66 (2021), Ausgabe 6, November.
5. BGR: „China Kohle 2003. Rohstoffwirtschaftliche Länderstudie Band XXVL.
6. Vijay Raj Jayarai; M.Sc. Environmental Science, New Delhi, Researcher of Univ. Of East Anglia, GB.: “Ein verrückter Wettlauf um Kohle, nachdem China und Indien ihre Klima-Korrektheit aufgaben“;
<https://www.cfact.org/2021/10/14/a-mad-rush-for-coal-as-china-and-india-suspend-climate-correctness/>
7. Ian Williams: „Chinas Energy Crisis“; *The Spectator*; 30.10.2021;
8. *The Australian*: “China wants the World to pay for Net Zero as India demands \$ US 1 trillion”; (Anm.: 1 Billion US-Dollar); 2.11.2021
9. Dominic Lawson: “Presidents Xi and Putin are laughing at us”; *The Sunday Times*, 7.11.2021

10. BGR-Meldung: "Trotz Corona: Steigender Stromverbrauch und massiver Kapazitätsausbau in China"; (Pressemitteilung 21117-CL); März 2021;

Datei:

210331_Kapazitaetsausbau_bei_Kohle_und_erneuerbaren_Energien_China(1).pdf

11. Steve Hilton: „Cop26 is a gigantic flatulent mess...“; *Mail on Sunday* 7.11.2021

12. Conrad Black: "The ghostly charade in Glasgow and the West's self-flagellation over the climate"; *National Post* 21.11.2021;
https://nationalpost.com/opinion/conrad-black-the-ghostly-charade-in-glasgow-and-the-wests-self-flagellation-over-the-climate?mc_cid=fe943a3217&mc_eid=fb1e21f5eb

13. Philip Patrick: "Why COP26 flopped"; *The Spectator* 16.11.2021

14. Richard S. Lindzen: "China Warming. The CCP is by far the biggest emitter of greenhouse gases on the planet. Is that a problem?";

Tabletmag May 2021;

ISBN: 9781950665792;

<https://www.tabletmag.com/selections/science/articles/china-warming-richard-lindzen>

„Klimaleugner unterminieren die COP26 via Facebook“: Klima-Privatdetektive produzieren heiße Luft

geschrieben von Admin | 10. Dezember 2021

Zahlreiche Klima-NGOs, von Forschungsinstituten wie dem PIK bis hin zu den Medizinberatern von „Klima und Gesundheit“, leben vom Weltuntergangs-Narrativ der Journalisten und Politiker, und finanzieren sich zumeist über Steuergeld-Transfers. In London, der Heimat des legendären Sherlock Holmes, hat eine besondere Nicht-Regierungsorganisation ihren Sitz, die als eine Art Klima-Privatdetektei die Feinde von den Klimaleugnern investigativ untersucht. Die Ergebnisse: eher mager.

von Redaktion

Auf der EIKE Klima- & Energie Konferenz in Gera tauchte am Ende des ersten Tages eine junge Frau mit Fensterglasbrille auf, die vom Sicherheitspersonal schon am Eingang als nicht ganz koscher erkannt wurde, und sich nach Googeln schnell als Julia Ebner herausstellte, eine Extremismus-Expertin aus Wien, die für das *Institute for Strategic Dialogue* ISD mit Sitzen in Berlin, London, Paris und Washington arbeitet. Hinter dem pompösen Namen, der sich nach Außen- oder Sicherheitspolitik anhört, steckt nur eine der mittlerweile zahlreichen NGOs gegen Haß, Extremismus und Desinformation. Das ISD berichtet wie die deutschen Pendanten, zum Beispiel der *Volksverpetzer* oder die *Amadeu-Antonio-Stiftung*, über Aktivitäten von als irgendwie „rechts“ eingestufte Kritiker des Zeitgeistes und/oder der Regierung, zum Beispiel EIKE. Die Finanzierung erfolgt durch die üblichen Verdächtigen, also durch Steuertransfers und durch Stiftungen wie Hertie, Mercator, Soros, Gates.

Ebner ist durch *Markus Lanz* und selbst bei *Wikipedia* als verdeckte Ermittlerin bekannt, die sich (nicht) unerkant auf Treffen und Konferenzen von allen möglichen „Rechten“ begibt und ihre Erlebnisse dann in Büchern oder bei Lanz & Co. berichtet.

Bei uns in Gera konnte sie nichts „ermitteln“, was nicht auch auf unserer Internetseite steht. Ihre Kollegen von der Zentrale in London analysierten derweil mit Hilfe von Stichwortsuche die Aktivitäten englischsprachiger Klimazweifler während der Weltklimakonferenz in Glasgow – allerdings nur im Internet auf Facebook. Ihre Objekte waren die Auftritte von Breitbart, Björn Lomborg, Tucker Carlson (Fox), Net Zero Watch (GWPF), GB News Online, und natürlich einer unser US-Partner, das Heartland-Institut. Die EIKE-Seite wurde nicht beobachtet, aber vielleicht liefert Julia Ebner noch was nach.

Was haben die Kollegen von Heartland & Co. denn so angestellt?

Zunächst etwas Statistik: Während ein Klimakrisen-Informationssdienst von Facebook in der ersten Woche der Glasgower Konferenz 188 Publikationen (posts) herausbrachte, waren die Klimaskeptiker mit 449 deutlich produktiver. In Prozent: Die „Leugner“ brachten 230% mehr Kommentare während der COP, und die Behördenstellen nur 110%, verglichen mit den beiden ersten Oktoberwochen vor Glasgow.

Öde – das war zu erwarten. Es wird aber besser: Die offiziösen Videos der UN wollte kaum einer sehen – das am häufigsten geschaut Video war die Rede des ehemals renommierten Naturforschers und BBC-Filmers und jetzigen Klimaalarmisten David Attenborough (8.600 Aufrufe). Die kritische Konkurrenz war viel interessanter: So wurde eine emotionale Wortmeldung von Brendan O’Neill von „Spiked online“ („Heuchler, Narzißten und Tugend-Angeber“) über 34.000 mal geschaut und fünf Mal häufiger geteilt als die UN-Produktion.

Allgemein erzeugten die Skeptiker zwölf Mal mehr Aufmerksamkeit auf ihren Seiten als die UN-Alarmisten. Die Seite „GB News Online“ war die aktivste Skeptikerquelle mit rund 100 Kommentaren am Tag und 500.000 Reaktionen während der ganzen Konferenz. Das IPCC schaffte nur sechs Publikationen täglich und 18.000 Reaktionen insgesamt.

Andersherum gewannen die UN-Seiten neue 81.000 Abonnenten (*followers*), die Kritiker aber nur 8.300 – die UN-Quellen wurden also während des Gipfels stärker beworben.

Zum Inhalt – was haben die englischsprachigen Skeptiker denn Böses über Greta & Co. gesagt? Die COP wurde als Reinfall, nutzlos, heuchlerisch, wirtschaftsgefährdend und elitär-ökofaschistisch bezeichnet. Ein Kritiker habe sogar gesagt, Greta werde erst glücklich sein, wenn die ganze Menschheit wieder in Höhlen lebe, Moos esse und mit 35 sterbe.

Die ISD-Forscher meinen, die Klimaskeptiker hätten sich taktisch dahingehend verändert, daß sie nicht mehr rechtsaußen den Klimawandel leugnen, sondern die Klimapolitik als Element des konservativ/linken Kulturkampfes einordneten und daher bestehende Spaltungen der Gesellschaften aufgriffen. Daher würden sie eine große Vielfalt an Fehl- und Desinformationen ins Netz speisen.

Fazit: Was haben die Klima-Detektive vom ISD gemacht, und was haben sie herausgefunden?

Antwort: In beiden Fällen wenig bis nichts – sie haben zwei Wochen lang mit Hilfe automatisierter Stichwortsuche verfolgt, was einige Klimaskeptiker auf Facebook so machen. Herausgekommen ist nichts, was nicht zu erwarten gewesen wäre – die sensationalistische Nachricht, daß mehr Reaktionen der Leser bei den Kritikern zu verzeichnen waren, sagt eigentlich nur, daß das offen heuchlerische Weltrettungsgetue von Großkopferten, die mit rund 400 Privatflugzeugen klimaneutral nach Schottland geflogen waren, niemanden mehr vom Hocker haut. Und die aktiveren Medienkonsumenten ärgern sich bei Lomborg und Heartland drüber. Eigentlich ist DAS die zentrale Erkenntnis der kleinen Studie – danke, liebes ISD.

Diese Studie hätte allerdings ein einzelner Praktikant machen können – ein paar Facebook-Auftritte automatisiert zu beobachten und ein paar Youtube-Videos durchzuzählen ist schon zeitlich kein großer Aufwand. Und technisch-intellektuell erfordert die Untersuchung auch keine großen Ressourcen. Diese Art der Arbeit scheint beim *Institut für strategischen Dialog* in London aber gang und gäbe zu sein, wie ein Auftritt von Julia Ebner bei Markus Lanz von 2019 zeigt. Dort berichtet sie von ein paar Nazis, die unpolitische Computerspiel-Foren im Internet heimlich als Austausch-Plattform benutzen. *Much ado about nothing*, würde Shakespeare dazu sagen – viel Lärm um nichts.

Klimawandel: Das Märchen vom schwächelnden Jetstream

geschrieben von Admin | 10. Dezember 2021

Ob Hitzewellen, Extremregen oder Dürren: Regelmässig führen die Medien Wetterextreme auf den Jetstream zurück, der wegen des Klimawandels ins Schlingern gekommen sein soll. Doch nun haben amerikanische Forscher die These des beeinträchtigten Höhenwindes widerlegt.



von Alex Reichmuth

War der schwächelnde Jetstream schuld an der Flutkatastrophe in Deutschland im Sommer 2021? Im letzten Sommer häuften sich extreme Wetterlagen. In Nordamerika war es ausserordentlich heiss, in Kanada sogar bis fast 50 Grad warm. In Europa regnete es sehr stark: In Deutschland kamen wegen Hochwasser über 180 Menschen ums Leben. Und im Mittelmeerraum war es sehr trocken, weshalb vor allem in Griechenland und der Türkei riesige Waldbrände loderten.

Für zahlreiche Politiker und die meisten Medienschaffenden war sofort klar: Hinter den Wetterextremen in diesem Sommer muss der Klimawandel stehen. Als besonders beliebtes Erklärungsmuster diente der Jetstream, der wegen der Erderwärmung angeblich ins Schlingern geraten ist.

Jetstream mäandert mal mehr, mal weniger

«Seit Jahren mehren sich die Hinweise darauf, dass das Band der Höhenwinde schwächelt, das normalerweise stetig von West nach Ost um die Arktis weht», schrieb die «Sonntagszeitung» im Juli. Immer häufiger scheine der Jetstream nun riesige stehende Wellen um die Nordhalbkugel zu schlagen. «Das kann dazu führen, dass sich Wetterlagen festsetzen, statt zügig weiter nach Osten zu ziehen – wie kürzlich die verheerende Hitze über Westkanada oder nun Tief Bernd über Mitteleuropa.» Dann werde

tagelang immer noch mehr vom Gleichen herangepumpt, sei es Hitze oder Wasser, und Extreme verstärkten sich, so der Befund der Zeitung. Der Jetstream ist ein Wind auf 8 bis 12 Kilometer Höhe, der auf der Nordhalbkugel mit bis zu 400 Kilometer pro Stunde von West nach Ost weht. Er bestimmt massgeblich die Laufbahn von Hoch- und Tiefdruckgebieten über Europa und Nordamerika. Der Jetstream zeigt dabei einen wellenförmigen Verlauf und mäandert mal mehr, mal weniger.

«Klimawandel verlangsamt Jetstream»

Die Befürchtung ist nun, dass dieser Höhenwind wegen des Klimawandels stärker als früher schlingert. Denn die Luft über der Arktisregion hat sich im Zuge der Erderwärmung stärker erwärmt als die Luft über südlicheren Gebieten, was den Jetstream abgeschwächt haben könnte. Das verstärkte Mäandern wiederum führt mutmasslich dazu, dass sich Hoch- und Tiefdruckgebiete langsamer bewegen, und es deswegen gehäuft zu extremer Hitze, extremer Dürre und extremen Regenfällen kommt.

«Klimawandel verlangsamt Jetstream», schrieb der «Blick» im letzten Sommer. «Weil die Temperatur in der Arktis deutlich schneller gestiegen ist als in den Subtropen, ist der Temperaturunterschied kleiner geworden und der Jetstream im Mittel langsamer», behauptete die Schweizer Nachrichtenagentur SDA. Wohlverstanden stellten diese Presseartikel den Zusammenhang zwischen einem angeblich langsameren Jetstream und der Erderwärmung als Fakt hin, nicht als Möglichkeit.

Grobes Geschütz gegen Zweifel an der Klimakatastrophe

Tatsächlich ist es aber genau das: eine wissenschaftliche Spekulation, die von vielen Forschern nicht geteilt wird. Sie geht zurück auf eine Publikation im Fachblatt «Nature» von 2017. Die These des Jetstreams, der ins Schlingern geraten ist, wurde vertreten von einem internationalen Wissenschaftsteam, zu denen unter anderem Michael Mann und Stefan Rahmstorf gehörten (siehe hier). Michael Mann ist Klimaforscher an der amerikanischen Pennsylvania State University. Von ihm stammt die umstrittene «Hockeyschläger»-Kurve zur Temperaturentwicklung in den letzten tausend Jahren, gemäss der die Erwärmung seit 1850 einzigartig sein soll. Stefan Rahmstorf wiederum ist Wissenschaftler am deutschen Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), das regelmässig besonders alarmistische Arbeiten in Sachen Erderwärmung veröffentlicht. Sowohl Mann wie Rahmstorf finden in den Medien starke Beachtung – auch deshalb, weil sie immer wieder grobes Geschütz gegen diejenigen auffahren, die Zweifel an der Dramatik des Klimawandels anmelden.

Eine wissenschaftliche Aussenseitermeinung

Laut der besagten Studie in «Nature» dokumentieren Computersimulationen und Beobachtungen das verstärkte Mäandern der Jetstreams. Schuld daran sei der vom Menschen verursachte Klimawandel. «Hier den menschlichen Fingerabdruck dingfest zu machen, das ist fortgeschrittene Detektivarbeit», lobte Stefan Rahmstorf in einer Pressemeldung des PIK die Arbeit seines Teams (siehe hier).

Die Medien zitieren die angeblichen Erkenntnisse von Mann, Rahmstorf und ihren Kollegen regelmässig unkritisch. Dabei handelt es sich bei diesen Erkenntnissen um eine wissenschaftliche Aussenseitermeinung. Die Theorie des schlingernden Jetstreams widerspreche dem Stand der Wissenschaft, hielt Axel Bojanowski, Wissenschaftschef der deutschen «Welt», im letzten Sommer fest: «Eine Häufung verharrender Wetterlagen sei in Mitteleuropa nicht festzustellen, berichten Klimaforscher.»

50 Eisbohrkerne aus Grönland beigezogen

Inzwischen hat die These des verlangsamten Höhenwindes völlig Schiffbruch erlitten. Eine Studie eines amerikanischen Forscherteams um Matthew Osman vom Massachusetts Institute of Technology hat ihr den Rest gegeben. Die Studie erschien im September im Fachblatt «Proceedings of the National Academy of Sciences» (siehe hier).

Die Forscher zogen Eisbohrkerne von fast 50 verschiedenen Orten in Grönland heran. Aufgrund der darin enthaltenen Eisschichten und der Wasserisotopen-Zusammensetzung ermittelten sie Veränderungen von Winden, Schneefallmengen und Temperaturen der letzten 1250 Jahre. Daraus leiteten sie Informationen zur Position und Intensität des Jetstreams ab. Bislang gab es solche Daten nur für die vergangenen hundert Jahre.

Frühere Hungersnöte auf den Jetstream zurückzuführen

Die Rekonstruktion lieferte zahlreiche Erkenntnisse. So brachte das Team um Osman eine Hungersnot von 1374 auf der Iberischen Halbinsel in Verbindung zu einer extrem nördlichen Position des Jetstreams. Auch Hungersnöte von 1728 und 1740 in Grossbritannien und Irland sind nach der Erkenntnis der Forscher darauf zurückzuführen, dass der Höhenwind damals nur mit halber üblicher Kraft ging, wodurch die Temperaturen dramatisch absackten und es deutlich weniger regnete.

Die heutigen Veränderungen beim Jetstream liegen innerhalb der natürlichen Schwankungsbreite der letzten 1250 Jahre.

Vor allem aber sticht ein Resultat aufgrund der Eiskern-Analyse hervor: Die heutigen Veränderungen beim Jetstream liegen innerhalb der

natürlichen Schwankungsbreite der letzten 1250 Jahre. Es gibt damit keinen Beleg dafür, dass der Klimawandel den Höhenwind ungewöhnlich stark abgeschwächt oder sonstwie beeinträchtigt hat. Ein solcher Einfluss ist laut den amerikanischen Wissenschaftlern frühestens ab 2060 zu erwarten – und auch das nur, wenn der CO₂-Ausstoss bis dahin nicht reduziert wird.

«Die fortgeschrittene Detektivarbeit des PIK führt offensichtlich auf die falsche Fährte», kommentierte der deutsche Geologe Sebastian Lüning in seiner «Klimaschau» (siehe hier).

Allerdings schwiegen sich die Medien über die Widerlegung der Jetstream-These weitgehend aus. Einzig die «Neue Zürcher Zeitung» ging darauf ein. In einem Kommentar geisselte Wissenschaftsredaktor Sven Titz das Verhalten seiner Berufskollegen. Es sei bemerkenswert, mit welcher «Einseitigkeit» die Medien seit Jahren über die Jetstream-Hypothese berichtet hätten. Dadurch sei «ein verzerrtes Bild des Forschungsstands» entstanden, schrieb Titz. Er bilanzierte: «Wer eine umstrittene Hypothese als Tatsache darstellt, nur um die Gefahren des Klimawandels in ein noch bedrohlicheres Licht zu rücken, (...) begibt sich in das abschüssige Gelände des Tendenzjournalismus.»

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter [hier](#)